

Kinder- tageseinrichtungen



Bericht von Sophia Schmitz, C. Katharina Spieß und Juliane F. Stahl

Kindertageseinrichtungen: Ausgaben der Familien sind
von 1996 bis 2015 mitunter deutlich gestiegen 889

Interview mit C. Katharina Spieß

»Belastung der unteren Einkommen durch Kita-Kosten
sollte weiter gesenkt werden!« 904

Bericht von Antonia Grohmann und Lukas Menkhoff

Finanzbildung fördert finanzielle Inklusion in armen
und reichen Ländern 905

Bericht von Mila Staneva

Studentische Erwerbstätigkeit: Elternhaus spielt bei Wahl
des Studentenjobs eine Rolle 914

Am aktuellen Rand Kommentar von Gert G. Wagner

Bessere Pflege kostet mehr Geld 926



DIW Berlin – Deutsches Institut
für Wirtschaftsforschung e.V.
Mohrenstraße 58, 10117 Berlin
T +49 30 897 89 -0
F +49 30 897 89 -200
84. Jahrgang
11. Oktober 2017

Herausgeberinnen und Herausgeber

Prof. Dr. Tomaso Duso
Dr. Ferdinand Fichtner
Prof. Marcel Fratzscher, Ph.D.
Prof. Dr. Peter Haan
Prof. Dr. Claudia Kemfert
Prof. Dr. Lukas Menkhoff
Prof. Johanna Möllerstrom, Ph.D.
Prof. Karsten Neuhoﬀ, Ph.D.
Prof. Dr. Jürgen Schupp
Prof. Dr. C. Katharina Spieß
Prof. Dr. Gert G. Wagner

Chefredaktion

Dr. Gritje Hartmann
Dr. Wolf-Peter Schill

Redaktion

Renate Bogdanovic
Dr. Franziska Bremus
Claudia Cohnen-Beck
Prof. Dr. Christian Dreger
Daniel Kemptner
Sebastian Kollmann
Markus Reiniger
Mathilde Richter
Dr. Alexander Zerrahn

Lektorat

Stefan Etgeton
Katharina Lehmann-Uschner
Karl Brenke

Vertrieb

DIW Berlin Leserservice
Postfach 74
77649 Offenburg
leserservice@diw.de
Tel. (01806) 14 00 50 25
20 Cent pro Anruf
ISSN 0012-1304
ISSN 1860-8787 (Online)

Gestaltung

Edenspiekermann

Satz

Satz-Rechen-Zentrum, Berlin

Druck

USE gGmbH, Berlin
Nachdruck und sonstige Verbreitung –
auch auszugsweise – nur mit Quellen-
angabe und unter Zusendung eines
Belegexemplars an die Serviceabteilung
Kommunikation des DIW Berlin
(kundenservice@diw.de) zulässig.
Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier.



Der DIW Wochenbericht wirft einen unabhängigen Blick auf die Wirtschaftsentwicklung in Deutschland und der Welt. Er richtet sich an die Medien sowie an Führungskräfte in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Wenn Sie sich für ein Abonnement interessieren, können Sie zwischen den folgenden Optionen wählen:

Standard-Abo: 179,90 Euro im Jahr (inkl. MwSt. und Versand).

Studenten-Abo: 49,90 Euro.

Probe-Abo: 14,90 Euro für sechs Hefte.

Bestellungen richten Sie bitte an leserservice@diw.de oder den DIW Berlin Leserservice, Postfach 74, 77649 Offenburg; Tel. (01806) 14 00 50 25, 20 Cent/Anruf aus dem dt. Festnetz, 60 Cent maximal/Anruf aus dem Mobilnetz. Abbestellungen von Abonnements spätestens sechs Wochen vor Laufzeitende

NEWSLETTER DES DIW BERLIN



Der DIW Newsletter liefert Ihnen wöchentlich auf Ihre Interessen zugeschnittene Informationen zu Forschungsergebnissen, Publikationen, Nachrichten und Veranstaltungen des Instituts. Wählen Sie bei der Anmeldung die Themen und Formate aus, die Sie interessieren. Ihre Auswahl können Sie jederzeit ändern, oder den Newsletter abbestellen. Nutzen Sie hierfür bitte den entsprechenden Link am Ende des Newsletters.

>> Hier Newsletter des DIW Berlin abonnieren: www.diw.de/newsletter

RÜCKBLIQUE: IM WOCHENBERICHT VOR 40 JAHREN

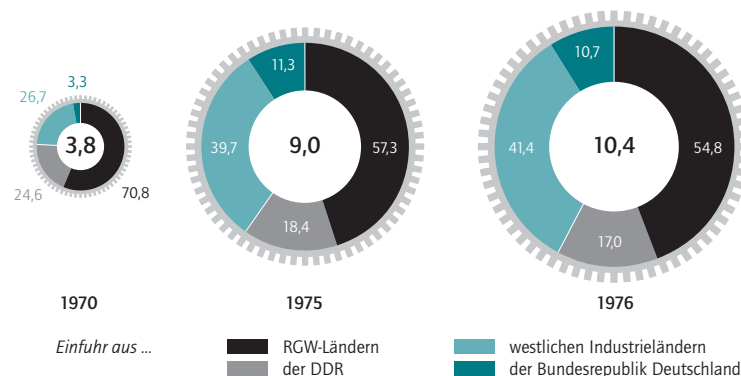
Zunehmende Außenhandelsverflechtung der sowjetischen Wirtschaft

Auf dem 25. Parteitag der KPdSU im Februar 1976 wurde die Außenwirtschaft zu einem Schlüsselbereich der sowjetischen Wirtschaftspolitik erklärt. Nach der neuen Strategie soll eine wettbewerbsfähige Exportindustrie aufgebaut und verstärkt moderne Technologie vor allem in den westlichen Industrieländern gekauft werden [...]. Damit wurde auch offiziell das frühere Ziel einer isoliert binnenmarktorientierten Industrialisierung aufgegeben [...]. Die Zahlungsbilanzprobleme der Sowjetunion stehen allerdings gegenwärtig der vollen Verwirklichung dieser Politik entgegen.

Abbildung

Maschineneinfuhr in die Sowjetunion

In Milliarden Transfer-Rubeln, Prozent



Quelle: Außenhandelsjahrbücher der UdSSR, diverse Jahrgänge

aus dem Wochenbericht Nr. 40+41 vom 13. Oktober 1977

© DIW Berlin 1977 (Tabelle)/2017 (Abbildung)

Kindertageseinrichtungen: Ausgaben der Familien sind von 1996 bis 2015 mitunter deutlich gestiegen

Von Sophia Schmitz, C. Katharina Spieß und Juliane F. Stahl

Die Ausgaben der privaten Haushalte für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen sind in den vergangenen Jahren deutlich gestiegen: für ein Kind unter drei Jahren von durchschnittlich 98 Euro monatlich im Jahr 2005 auf knapp 171 Euro im Jahr 2015 und für ein Kind im Kindergartenalter (ab drei Jahre) in den Jahren 1996 bis 2015 von 71 auf 97 Euro. Gleichzeitig wurde der Kita-Besuch von immer mehr Kindern vollständig von Beitragszahlungen befreit. Dennoch zahlen armutsgefährdete Haushalte, die Kita-Ausgaben tätigen, relativ zu ihrem Einkommen noch immer nahezu genau so viel wie andere Haushalte. Der vorliegende Bericht zeigt erstmals auf Basis von Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und der Spezialstudie Familien in Deutschland (FiD), wie sich die Ausgaben in den vergangenen Jahren entwickelt haben und wer durch sie wie stark belastet ist. Auch wenn einkommensschwächere Haushalte und alleinerziehende Eltern über die Jahre in geringerem Ausmaß oder überhaupt nicht vom Anstieg der Kita-Ausgaben im sogenannten Kindergartenbereich betroffen waren, sollte künftig noch stärker und vor allem in allen Bundesländern einheitlich eine progressive Beitragsstaffelung durchgesetzt werden. Nicht empfehlenswert ist, Kitas grundsätzlich beitragsfrei zu machen, denn Haushalte aus oberen Einkommensgruppen äußern hohe Zahlungsbereitschaften. Diese sind teilweise noch nicht ausgeschöpft und könnten sogar noch gesteigert werden, wenn öffentliche Gelder dafür genutzt würden, die Qualität der Kitas zu erhöhen.

Immer mehr Kinder besuchen eine Kindertageseinrichtung (Kita): Waren es im Jahr 1994 noch sechs Prozent aller Kinder unter drei Jahren und 78 Prozent aller Kinder im Alter ab drei Jahren bis zum Schuleintritt, lagen die Nutzungsquoten im Jahr 2016 bei knapp 28 beziehungsweise 93 Prozent.¹ Die Bedeutung von Kindertageseinrichtungen als frühkindliche Bildungs- und Betreuungsmöglichkeiten außerhalb der Familie hat damit in den vergangenen Jahren massiv zugenommen. In der öffentlichen Debatte wird viel darüber diskutiert, ob der Ausbau der Plätze ausreichend ist, wie die Qualität verbessert werden kann, wer die Kosten trägt und ob Eltern für Kitas überhaupt zur Kasse gebeten werden sollten. Auch im Bundestagswahlkampf ging es um diese Fragen.

Im Zuge des Kita-Ausbaus haben die öffentlichen Ausgaben für Kindertageseinrichtungen insgesamt deutlich zugenommen. Länder und Kommunen, die für die Finanzierung der Kindertageseinrichtungen zuständig sind, gaben im Jahr 2015 insgesamt 23 Milliarden Euro dafür aus – 2005 waren es mit knapp elf Milliarden weniger als die Hälfte.² Seit einigen Jahren beteiligt sich auch der Bund an der Finanzierung der Kinderbetreuung, allerdings in viel geringerem Umfang. Parallel wurden gesetzliche Regelungen zu den Elternbeiträgen geändert, die je nach Bundesland vorsehen, bestimmte Gruppen teilweise oder vollständig von Beiträgen zu befreien.

Wie sich im Zuge dieser Veränderungen die durchschnittlichen Elternbeiträge entwickelt haben, war bislang unklar. Hat der Anteil der Kinder in Haushalten, die Elternbeiträge für die Kita-Nutzung zahlen, zu- oder abgenommen? Welche Haushaltseinkommen werden gering oder stark belastet? Erstmals trägt der vorliegende Bericht entsprechende Informationen auf Basis reprä-

¹ Vgl. Statistisches Bundesamt (2016): Kinder und tätige Personen in Tageseinrichtungen und in öffentlich geförderter Kindertagespflege 2016; sowie Statistisches Bundesamt (1994): Fachserie 13, Reihe 6.3.1 Tageseinrichtungen für Kinder 1994. Für das Jahr 1994 handelt es sich um Versorgungsquoten, die aufgrund der Rationierung der Plätze mit Nutzungsquoten vergleichbar sind.

² Vgl. Statistisches Bundesamt (2016): Bildungsfinanzbericht 2016.

sentativer Daten für Gesamtdeutschland systematisch zusammen.

Bisherige Studien zu Elternbeiträgen beziehen sich nur auf einzelne Jahre

Bisherige empirische Untersuchungen zu Elternbeiträgen für Kindertageseinrichtungen beziehen sich vorwiegend auf Querschnittsdatensätze, die die Belastung von privaten Haushalten mit Kita-Beiträgen für ein bestimmtes Jahr darstellen. Eine frühere Untersuchung des DIW Berlin hat zum Beispiel für das Jahr 2012 ergeben, dass die relative Belastung (gemessen als Anteil der Ausgaben am Haushaltsnettoeinkommen) der Haushalte, die Ausgaben in diesem Bereich tätigen, im unteren Einkommensbereich am höchsten ist.³ Die sogenannten *AID:A-Daten* des Deutschen Jugendinstituts (DJI) zeigen für das Jahr 2009, dass in Deutschland fünf Prozent der Kita-Plätze kostenlos waren und in 2,6 Prozent der Fälle Eltern von den Kosten befreit wurden. Monatlich unter 50 Euro zahlten etwa 13 Prozent der Eltern und über 200 Euro gut 14 Prozent.⁴ Hinzu kommen große Unterschiede zwischen den Bundesländern und Regionen: Der Finanzierungsanteil der Eltern an den Gesamtkosten der Kindertagesbetreuung (ohne Eigenanteil der freien Träger) lag 2014 zwischen sieben Prozent in Berlin und etwa 22 Prozent in Mecklenburg-Vorpommern.⁵

Mit Blick auf die Kosten für Kindertageseinrichtungen äußern sich Eltern, so das Ergebnis von Umfragen, relativ unzufrieden.⁶ Analysen für das Jahr 2010 zeigen außerdem, dass einige Eltern aufgrund zu hoher Kosten keinen Kita-Platz für ihr Kind in Anspruch nehmen konnten oder wollten: Jedes fünfte Kind zwischen ein und drei Jahren ging deshalb nicht in eine Kita. Bei Kindern aus Haushalten mit einem Einkommen, das unter dem mittleren Einkommen (Median) lag⁷, waren es sogar noch

mehr.⁸ Eine Befragung aus dem Jahr 2016 hat ergeben, dass mit 46 Prozent fast die Hälfte der befragten Eltern mit Kita-Kindern die von ihnen gezahlten Beiträge als zu hoch empfinden. Unterschiede zwischen den Bundesländern gibt es dabei auch in diesem Punkt.⁹

Große Vielfalt trotz bundesweiter Richtlinien

Grundsätzlich liegt es in der Verantwortung von Ländern und Kommunen, Elternbeiträge für die Inanspruchnahme von Kindertageseinrichtungen festzusetzen. Den Rahmen gibt aber der Bund vor: Paragraph 90 des achten Sozialgesetzbuchs¹⁰ legt fest, dass Kindertageseinrichtungen Beiträge erheben dürfen, wenn die finanzielle Belastung den Eltern zuzumuten ist. Seit Ende 2008 gibt es zudem eine bundesweite Richtlinie, die – soweit das Landesrecht nichts anderes bestimmt – eine Staffelung der Beiträge vorsieht. Als mögliche Kriterien werden neben dem Einkommen der Eltern auch die Anzahl der kindergeldberechtigten Kinder in der Familie und die tägliche Betreuungszeit aufgeführt. Trotz dieser Richtlinie können die Länder andere Regelungen treffen. Letztlich entscheiden de facto also die Länder und Kommunen über die tatsächliche Beitragsgestaltung. Folglich unterscheiden sich nicht nur die Berechnungsverfahren zur Höhe der Beiträge und die Sozialstaffelung, einschließlich der dafür herangezogenen Kriterien, sondern auch die Regelungen zur Beitragsbefreiung.¹¹ In den vergangenen Jahren haben zudem viele Bundesländer allgemeine Beitragsbefreiungen eingeführt, also für alle Kinder in einem bestimmten Alter, unabhängig vom Einkommen der Eltern (Abbildung 1). Andere Bundesländer wiederum, wie Mecklenburg-Vorpommern oder Bayern, gewähren einen allgemeinen Zuschuss von bis zu 100 Euro pro Monat für verschiedene Altersgruppen.

Teilweise unterscheiden sich die Elternbeiträge auch innerhalb eines Bundeslandes erheblich, denn einige landesgesetzliche Regelungen ermächtigen die Träger oder einzelne Einrichtungen, konkrete Berechnungsverfahren vorzuschreiben oder selbst entsprechend gestaffelte Beiträge festzusetzen. Das Ergebnis ist eine große Vielfalt unterschiedlichster Regelungen – trotz eines bundesweiten Rahmens. Einige Studien haben bereits untersucht, wie unterschiedlich die finanzielle Belastung von Familien durch Kita-Beiträge abhängig von der Region sowie Haus-

3 Vgl. Carsten Schröder, C. Katharina Spieß und Johanna Storck (2015): Private Bildungsausgaben für Kinder: Einkommensschwache Familien sind relativ stärker belastet. DIW Wochenbericht Nr. 8, 158-169 (online verfügbar, abgerufen am 27. September 2017). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

4 Vgl. Autorengruppe Bildungsberichterstattung (2014): Bildung in Deutschland 2014, Bertelsmann Verlag.

5 Vgl. Bertelsmann Stiftung (2017): Länderreport frühkindliche Bildungssysteme 2017. Außerdem hat *IW Consult* die Höhe der Kindergartenbeiträge in den 100 größten Städten Deutschlands untersucht, vgl. dazu KindergartenMonitor (2010): Der INSM-ELTERN-Kindergartenmonitor 2010 (online verfügbar). Im Durchschnitt aller 100 untersuchten Großstädte zahlen NormalverdienerInnen für ein vierjähriges Kind 814 Euro und für zwei Kinder (dreieinhalb und fünfeinhalb Jahre) 935 Euro im Jahr. Familien mit gehobenem Einkommen (ab 80 000 Euro Jahres-Brutto) müssen 1 280 Euro beziehungsweise 1 468 Euro aufbringen.

6 Vgl. Georg Camehl et al. (2015): Höhere Qualität und geringere Kosten von Kindertageseinrichtungen – zufriedener Eltern? DIW Wochenbericht Nr. 46, 1105-1113 (online verfügbar). Für eine weitere Untersuchung, die die Zufriedenheit von Eltern mit Kita-Kosten erfasst, vgl. Dietmar Hobler und Stefan Reuyß (2016): Qualität und Quantität, bitte! (online verfügbar).

7 Siehe dazu auch den Eintrag „Medianeinkommen“ im Glossar des DIW Berlin (online verfügbar).

8 Vgl. Kai-Uwe Müller (2013): Evaluationsmodul: Förderung und Wohlergehen von Kindern. DIW Politikberatung kompakt Nr. 73 (online verfügbar).

9 Vgl. Bertelsmann Stiftung/infratest dimap (2016): Kita-Qualität in Deutschland – Was wünschen sich Eltern? (online verfügbar).

10 Vgl. SGB VIII, Kinder- und Jugendhilfe, 5. Auflage 2015.

11 Vgl. Deutscher Bundestag (2016): Regelungen zur Beteiligung der Eltern an den Kosten der Kindertagesbetreuung. Sachstandsbericht WD 9-3000-039/16, Wissenschaftlicher Dienst.

halts- und Betreuungstypen ausfällt. Allerdings liegen bisher keine systematischen forschungsbasierten Analysen vor, die die Entwicklung von Kita-Ausgaben über einen längeren Zeitraum von bis zu 20 Jahren untersuchen und dabei Differenzen für Kinder aus unterschiedlichen Familienhaushalten, etwa mit Blick auf das Haushaltseinkommen, das Bildungsniveau der Mutter oder die Anzahl der Kinder im Haushalt, berücksichtigen.

Erstmals wird zeitliche Entwicklung von Kita-Ausgaben untersucht

Die vorliegende Studie untersucht zunächst, wie sich die Kita-Ausgaben¹² über die Zeit entwickelt haben, und zwar

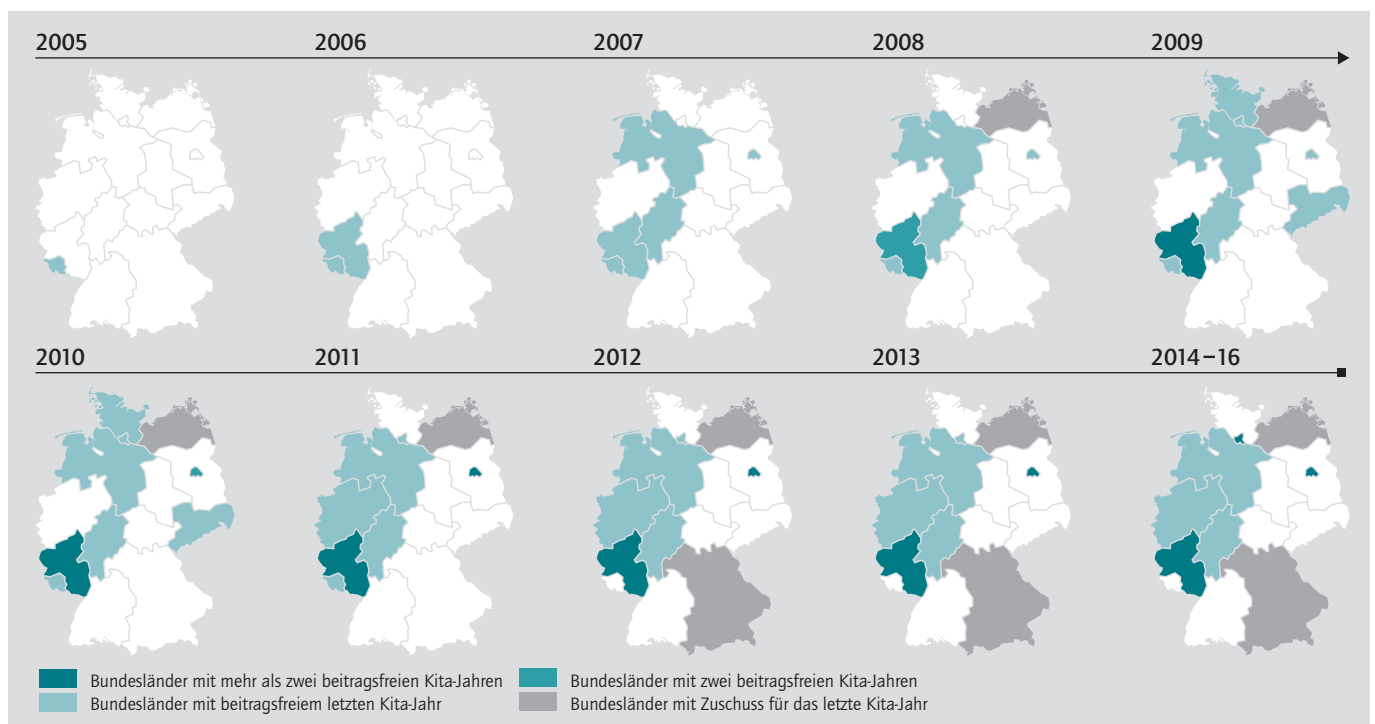
¹² Wie im Kasten des vorliegenden Berichts verdeutlicht, ist es aufgrund des Datensatzes möglich, die Ausgaben für die Kita-Nutzung eines Kindes zu erfassen. Die Formulierung der Frage zielt darauf ab, Kita-Beiträge zu erfassen. Allerdings ist nicht auszuschließen, dass Eltern auch Zusatzkosten, beispielsweise für das Mittagessen, in ihre Antwort einbeziehen. In jedem Fall werden die Kita-Beiträge im engeren Sinne den weitaus größten Anteil an den von Eltern genannten

nicht nur für die Gesamtheit aller Haushalte in Deutschland mit Kita-Kindern, sondern für unterschiedliche Regionen, Haushalts- und Betreuungstypen. Die Analysen dieses Berichts basieren auf Daten des *Sozio-oekonomischen Panels* (SOEP) und der analog aufgebauten Spezialstudie *Familien in Deutschland* (FiD) (Kasten). Beide Studien erfassen die Höhe der Kita-Ausgaben pro Kind. Die nachfolgenden Analysen beginnen mit dem Jahr 1996, in dem die Kita-Ausgaben der privaten Haushalte erstmalig für Gesamtdeutschland erfasst wurden. Kinder unter drei Jahren („U3-Bereich“) und Kinder im Alter von drei Jahren bis zum Schuleintritt („Kindergartenalter“) werden getrennt betrachtet, da sich diese Altersgruppen stark dahingehend unterscheiden, ob sie in einer Kita betreut werden und wenn ja, wie viele Stunden pro Tag.

Ausgaben ausmachen. Nicht auszuschließen ist, dass Haushalten mit Transferbezug Kita-Beiträge erstattet werden. Inwiefern Haushalte dies bei der Frage nach Kita-Ausgaben berücksichtigen, kann nur vermutet werden.

Abbildung 1

Bundesländer mit beitragsfreier Kita-Betreuung für alle Haushalte



Anmerkung: Bei der Beitragsbefreiung handelt es sich teilweise nur um eine Befreiung der Kita-Nutzung bis zu einer bestimmten Stundenzahl (z.B. 5 Stunden/Tag).

Quellen: Deutscher Bundestag (2016): Regelungen zur Beteiligung der Eltern an den Kosten der Kindertagesbetreuung. Sachstandsbericht WD 9-3000-039/16, Wissenschaftlicher Dienst; Kathrin Bock-Famulla, Jens Lange und Eva Strunz (2015): Länderreport Frühkindliche Bildungssysteme 2013. Verlag Bertelsmann Stiftung; eigene Recherchen.

Kasten

Datengrundlage und methodisches Vorgehen

Die vorliegenden Analysen basieren auf Daten des Sozio-oekonomischen Panels (SOEP) und der Zusatzstichprobe Familien in Deutschland (FiD). Das SOEP ist eine seit 1984 durchgeführte repräsentative Wiederholungsbefragung privater Haushalte.¹ Derzeit werden jedes Jahr mehr als 30 000 Personen in etwa 17 000 Haushalten zu unterschiedlichen Themen befragt. Im Mittelpunkt der FiD-Zusatzstichprobe stehen Familien mit niedrigem Einkommen, Mehrkeinfamilien, Alleinerziehende und Familien mit sehr jungen Kindern. Seit 2014 ist die FiD-Stichprobe in das SOEP integriert. Die Datensätze können somit gemeinsam analysiert werden und bilden die Bevölkerung in Deutschland repräsentativ ab.

Beide Datensätze erfassen in unregelmäßigen Abständen, welche Kosten den Haushalten für die Betreuung eines Kindes in Kindertageseinrichtungen pro Monat entstehen. Um die Entwicklung der monatlichen Kita-Ausgaben über die Zeit konsistent abzubilden, werden in der vorliegenden Studie Informationen der Jahre 1996, 2002, 2005, 2007, 2013 und 2015 berücksichtigt. In diesen Jahren ist es möglich, für Gesamtdeutschland die Ausgaben für Kindertageseinrichtungen pro Kind von den Ausgaben eines Haushaltes für sonstige Aktivitäten des Kindes, beispielsweise Freizeitaktivitäten oder auch informelle Betreuung, zu trennen. Konkret wurden die Haushalte gefragt: „Ist der Besuch dieser Einrichtung [...] für Ihr Kind kostenlos oder müssen Sie einen festen Betrag zahlen, [...]?“ 2013 und 2015 änderte sich die Frage im SOEP zu: „Welche Kosten entstehen Ihnen für die Betreuung?“. Die verwendete Stichprobe besteht aus allen Kindern, die zum Befragungszeitpunkt eine Kinderkrippe, einen Kindergarten oder eine andere Kindertageseinrichtung besuchten und deren Eltern Angaben über die Höhe der Kita-Ausgaben gemacht haben. Nicht miteinbezogen sind Haushalte, die angaben, dass ihr Kind eine Tagespflege besucht.²

Für die Analysen beschränkt sich die vorliegende Studie für die Kinder im Kindergartenalter (ab drei Jahre bis zur Einschulung) vorwiegend auf die Jahre 1996, 2005 und 2015 und für die unter drei Jahre alten Kinder aufgrund zu geringer

Fallzahlen vorwiegend auf die Jahre 2005 und 2015. Damit können Determinanten und Veränderungen der Kita-Ausgaben über einen zeitlichen Abstand von rund 20 beziehungsweise zehn Jahren analysiert werden. Untersucht werden neben den absoluten Ausgaben auch der Anteil der Kinder, deren Eltern keine Ausgaben tätigen, sowie die Kita-Ausgaben relativ zum äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen. Die Kita-Ausgaben sind preisbereinigt und in allen Analysen konstant in Preisen des Jahres 2010 ausgewiesen.

Der Schwerpunkt dieser Untersuchung liegt darin, die Entwicklung der Kita-Ausgaben über die Zeit abzubilden und auch die Ausgaben unterschiedlicher Merkmalsgruppen zu untersuchen. Es werden zunächst Kinder in allen Haushalten betrachtet, unabhängig davon, ob für die Kita-Nutzung Ausgaben anfallen oder nicht. Zusätzlich werden nur Kinder in den Blick genommen, für deren Kita-Besuch Ausgaben getätigt werden. Des Weiteren werden für die Kinder im Kindergartenalter die Kita-Ausgaben unterschiedlicher Merkmalsgruppen für die Jahre 1996 und 2015 auf Basis von *t-Tests* miteinander verglichen. Dabei wird sowohl auf die absoluten Ausgaben als auch auf den Anteil an Kindern, für deren Kita-Besuch keine Ausgaben getätigt werden, eingegangen. Für die unter drei Jahre alten Kinder werden zusätzlich die Nutzungsquoten betrachtet.

Im Anschluss werden die Höhe der Kita-Ausgaben und die Wahrscheinlichkeit, Ausgaben zu haben, auch multivariat anhand von Regressionsanalysen betrachtet. Es werden *Probit-Modelle* geschätzt, um die Wahrscheinlichkeit, Kita-Ausgaben zu haben, für unterschiedliche Gruppen zu berechnen. Die Höhe der Kita-Ausgaben wird multivariat auf Basis linearer *OLS-Modelle* und zensierter *Tobit-Modelle* analysiert.³ Erstere beziehen nur Kinder ein, deren Eltern Ausgaben haben, während letztere auf allen Kindern basieren. Die Standardfehler berücksichtigen dabei serielle Korrelationen zwischen verschiedenen Beobachtungen eines Haushaltes.

¹ Vgl. Gert G. Wagner, Joachim R. Frick und Jürgen Schupp (2007): The German Socio-Economic Panel Study – Scope, evolution, and enhancements. SOEPpapers Nr. 1 (online verfügbar) und Mathis Schröder, Rainer Siegers und C. Katharina Spieß (2013): Familien in Deutschland – FiD, in: Schmollers Jahrbuch. (133: 595–606).

² Lediglich für das Jahr 2002 kann aufgrund der Fragestellung nicht ausgeschlossen werden, dass die angegebenen Beiträge in zwölf Fällen für die Nutzung einer Kindertageseinrichtung und der Tagespflege verwendet wurden. Dies ist für die vorliegenden Analysen jedoch nicht weiter relevant.

³ Für eine Erläuterung der Methoden vgl. William H. Greene, W. (2008): *Econometric Analysis*, 7. Edition.

Kita-Ausgaben sind vor allem im „U3-Bereich“ gestiegen

Die Analyse der durchschnittlichen Kinderbetreuungsausgaben über die Zeit zeigt, dass die monatlichen Ausgaben für Kinder im Kindergartenalter (inklusive derer, für die keine Ausgaben anfallen, da sie zum Beispiel von Beiträgen befreit sind) in Preisen des Jahres 2010 von rund 71 Euro im Jahr 1996 auf 97 Euro im Jahr 2015 gestiegen sind (Abbildung 2). Dies entspricht einem Anstieg um etwa 37 Prozent. Betrachtet man nur den Zeitraum von 2005 bis 2015, haben sich die durchschnittlichen Ausgaben um acht Prozent erhöht. Das bedeutet, dass die Beiträge in diesem Bereich bis Mitte der 2000er Jahre deutlich stärker gestiegen waren als danach. Hintergrund ist, dass bis zu diesem Zeitpunkt der Kita-Besuch von nur wenigen Kindern vollständig von Zahlungen befreit war. Dies hat sich in den zurückliegenden zehn Jahren geändert: Erstens führten mehrere Bundesländer allgemeine Beitragsbefreiungen ein und zweitens wurden vermehrt gesetzliche Änderungen mit Blick auf soziale Beitragsstaffelungen umgesetzt. So zahlten Haushalte, die im Jahr 2015 Ausgaben für die Betreuung ihrer Kinder ab drei Jahren tätigten, pro Kind im Schnitt 18 Euro mehr als bei Berücksichtigung auch jener Kinder, für die keine Kita-Kosten anfallen. Bis 2005 war dieser Unterschied kleiner.

Der U3-Bereich hat sich mit Blick auf die Kosten seit 2005 vom sogenannten „Kindergartenbereich“ entkoppelt: Während sich die Kita-Ausgaben für Kinder unter drei Jahren 2005 mit 98 Euro noch auf einem ähnlichen Niveau befanden wie die für ältere Kinder (90 Euro), stiegen sie in den folgenden Jahren deutlich stärker an (Abbildung 2).¹³ 2015 zahlten Eltern im Durchschnitt etwa 171 Euro pro Monat. Dies entspricht einem Zuwachs von knapp 75 Prozent. Zum Vergleich: Für Kinder im Kindergartenalter lag der Anstieg bei acht Prozent. Klammert man die Kinder, deren Kita-Besuch kostenfrei war, aus, beliefen sich die monatlichen Ausgaben im Schnitt sogar auf 188 Euro pro Kind.

Armutsgefährdete Haushalte sind relativ stark belastet

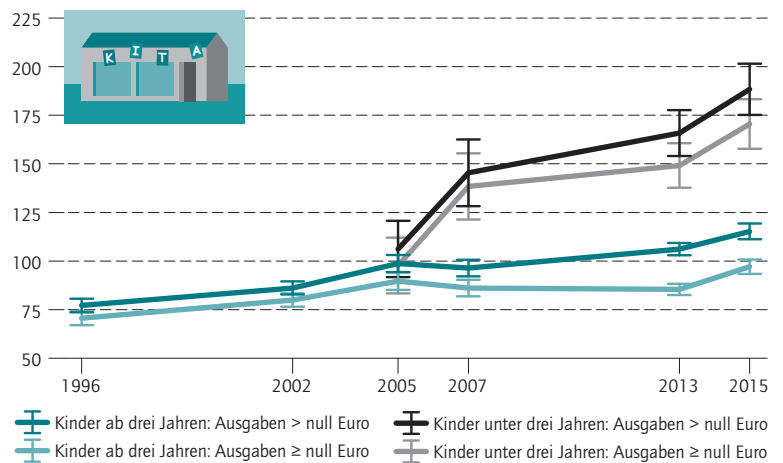
Von besonderem Interesse ist, inwieweit armutsgefährdete Haushalte von den über die vergangenen 20 Jahre gestiegenen Beiträgen betroffen waren. Denn für diese dürfte die Höhe der Elternbeiträge bei der Entscheidung für oder gegen die Nutzung einer Kita von besonderer Bedeutung sein. Grundsätzlich ermöglichen niedrigere Kita-Ausgaben es diesen Haushalten, die „eingesparten“ Mittel für andere kindliche Bildungsaktivitäten auszuge-

¹³ Aufgrund kleinerer Fallzahlen beziehungsweise einer höheren Beitragsstreuung konnten die Beiträge für diese Altersgruppe nur mit geringerer Präzision berechnet werden.

Abbildung 2

Monatliche Kita-Ausgaben nach Altersgruppen

In Euro, 95-Prozent-Konfidenzintervalle



Anmerkung: Monatliche Kita-Ausgaben in konstanten Preisen des Jahres 2010. Ausgaben für Kinder unter drei Jahren aufgrund geringer Fallzahlen erst ab 2005.

Quelle: SOEP v32 (gewichtet); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Die Kita-Ausgaben sind seit 1996 gestiegen, insbesondere im sogenannten U3-Bereich.

ben. Haushalte mit Kindern im Kindergartenalter, deren Einkommen auf oder unterhalb der Armutsrisikogrenze der Gesamtbevölkerung¹⁴ lag, zahlten pro Kind bereits in den 90er Jahren geringere Kita-Beiträge als Haushalte über dieser Grenze (Abbildung 3, linker Teil). Zwischen 1996 und 2005 stiegen die durchschnittlichen Beiträge für Haushalte mit Kita-Ausgaben ober- und unterhalb der Armutsrisikogrenze um einen ähnlichen Betrag an. Für die Zeit ab 2005 ergibt sich ein differenzierteres Bild: Während Haushalte oberhalb der Armutsrisikogrenze nochmals mehr zahlten, haben sich die Kita-Ausgaben für Kinder aus armutsgefährdeten Haushalten, sofern diese Ausgaben tätigten, verringert, von 80 Euro auf 48 Euro. Diese Ergebnisse weisen darauf hin, dass die Elternbeiträge mit der Zeit in vielen Regionen deutlich stärker nach dem Haushaltseinkommen gestaffelt wurden. Betrachtet man die absoluten Euro-Beträge, kam diese Entwicklung einkommensärmeren Haushalten stärker zugute als anderen Familienhaushalten.¹⁵

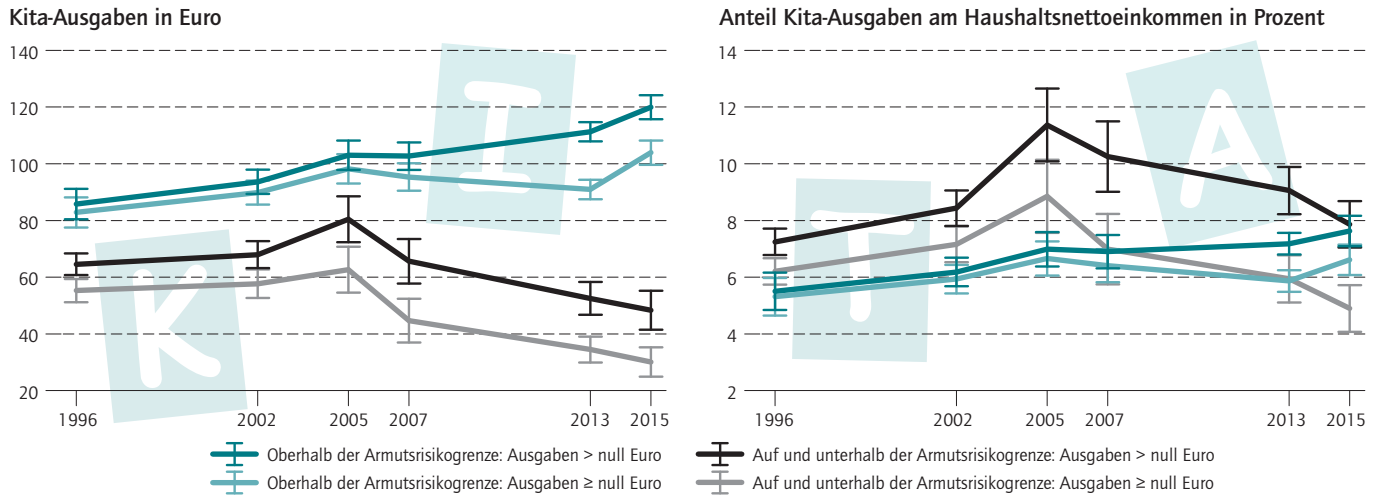
¹⁴ Die Armutsrisikogrenze liegt bei 60 Prozent des gesamtdeutschen äquivalenzgewichteten Median-Nettoeinkommens. Für die Armutsrisikogrenzen der Gesamtpopulation vgl. SOEP Group (2015): SOEP 2013 – SOEPmonitor Household 1984-2013 (SOEP v30). SOEP Survey Papers Nr. 283 (online verfügbar). Für 2015 erfolgte eine analoge eigene Berechnung.

¹⁵ Einige Bundesländer haben bereits vor der Änderung des SGB VIII Ende 2008 eine soziale Staffelung der Beiträge gesetzlich festgelegt. Dies könnte die

Abbildung 3

Kinder ab drei Jahren in Kindertageseinrichtungen: Kita-Ausgaben

In Euro und relativ zum Einkommen nach Armutsrisiko des Haushalts



Monatliche Kita-Ausgaben in konstanten Preisen des Jahres 2010. Die Armutsrisikogrenze liegt bei 60 Prozent des gesamtdeutschen äquivalenzgewichteten Median-Nettoeinkommens.

Quelle: SOEP v32 (gewichtet); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Die Kita-Ausgaben sind für Kinder in Haushalten oberhalb der Armutsrisikogrenze gestiegen und für Kinder in Haushalten auf oder unterhalb der Armutsrisikogrenze gesunken.

Dies sagt jedoch noch nichts über die relative Belastung aus. Setzt man die Ausgaben pro Kind in Relation zum äquivalenzgewichteten Haushaltsnettoeinkommen¹⁶, zeigt sich für das Jahr 2005, dass für Kinder in Haushalten auf und unterhalb der Armutsrisikogrenze, die Ausgaben für die Kita tätigen, etwa elf Prozent des Haushaltseinkommens aufgebracht wurden (Abbildung 3, rechter Teil). Bei Haushalten oberhalb der Armutsrisikogrenze lag der entsprechende Anteil bei sieben Prozent. Danach näherten sich die relativen Belastungen dieser beiden Gruppen an und lagen 2015 auf einem ähnlichen Niveau von knapp acht Prozent. Betrachtet man dagegen von allen Haushalten die Ausgaben pro Kind relativ zum Einkommen, also auch von solchen, die keine Kita-Kosten hatten, wendeten armutsgefährdete Haus-

halte im Jahr 2015 erstmals einen geringeren Anteil ihres Einkommens auf als einkommensstärkere Haushalte.

Untere Einkommen und nicht erwerbstätige Mütter profitieren besonders von zunehmenden Beitragsbefreiungen

Weitergehende Untersuchungen, die mehrere Merkmale einbeziehen, zeigen, dass der Anteil von Kindern im Kindergartenalter, deren Eltern für die Kita zahlen, von 1996 bis 2015 um etwa sieben Prozentpunkte auf 84 Prozent gesunken ist (Tabelle 1). In Westdeutschland war dieser Rückgang mit acht Prozentpunkten stärker als in Ostdeutschland mit gut vier Prozentpunkten. Im Jahr 2015 wurden für die Nutzung eines Kindergartens oder einer ähnlichen Einrichtung in den ostdeutschen Bundesländern im Durchschnitt ungefähr 20 Euro mehr ausgegeben als in den westdeutschen Bundesländern. Die Ausgaben haben insbesondere in kleineren und mittelgroßen Gemeinden im statistischen Sinne signifikant zugenommen.

bereits im Jahr 2007 sinkenden Beiträge von Familien unterhalb der Armutsrisikogrenze erklären.

¹⁶ Um die Haushaltsnettoeinkommen über die verschiedenen Haushaltstypen hinweg vergleichbar zu machen, dividiert man das Haushaltseinkommen durch eine haushaltsspezifische Äquivalenzskala, in diesem Fall die modifizierte OECD-Skala. Dieses Verhältnis wird als bedarfsangepasstes Einkommen bezeichnet. Zum Konzept des bedarfsgewichteten beziehungsweise äquivalenzgewichteten Einkommens vgl. Carsten Schröder und Timm Bönke (2012): Country inequality rankings and conversion schemes. Economics – The Open-Access, Open-Assessment E-Journal (online verfügbar); und den Eintrag „Äquivalenzeinkommen“ im Glossar des DIW Berlin (online verfügbar).

Tabelle 1

Kinder ab drei Jahren in Kindertageseinrichtungen: Monatliche Kita-Ausgaben pro Kind

	1996 (1)		2005 (2)		2015 (3)		Differenz 1996 und 2015 (3) - (1)	
	Höhe der Kita-Ausgaben ≥ null Euro (in Euro)	Kita-Ausgaben > null Euro (in Prozent)	Höhe der Kita-Ausgaben ≥ null Euro (in Euro)	Kita-Ausgaben > null Euro (in Prozent)	Höhe der Kita-Ausgaben ≥ null Euro (in Euro)	Kita-Ausgaben > null Euro (in Prozent)	Höhe der Kita-Ausgaben ≥ null Euro (in Euro)	Kita-Ausgaben > null Euro (in Prozentpunkten)
Deutschland gesamt	70,7	91,6	90,0	91,1	97,2	84,2	26,5***	-7,4***
Regionale Merkmale								
Ost-/Westdeutschland								
Ostdeutschland	83,2	94,9	91,2	90,1	114,5	90,7	31,3**	-4,3
Westdeutschland	68,4	91,0	89,8	91,3	94,0	83,0	25,6***	-8,0***
Gemeindegrößenklasse								
Weniger als 20 000 EinwohnerInnen	59,6	92,5	81,5	93,5	92,1	86,4	32,4***	-6,0**
20 000 bis 100 000 EinwohnerInnen	72,4	91,5	91,7	89,2	100,2	79,3	27,8***	-12,2**
Mehr als 100 000 EinwohnerInnen	86,9	90,3	101,5	89,4	99,8	86,0	12,9	-4,3
Merkmale der Kita-Nutzung								
Zeitumfang								
Halbtägiger Besuch	68,0	92,2	78,5	90,0	76,1	78,1	8,1	-14,1***
Ganztägiger Besuch	81,7	95,5	115,9	93,0	119,2	90,6	37,5***	-4,9*
Träger								
Öffentlicher Träger			85,0	89,5	91,4	82,0	6,4	-7,6***
Freier Träger			96,5	92,7	95,2	84,2	-1,4	-8,5***
Privater/betrieblicher Träger			(95,2)	(100,0)	140,5	97,6	45,3**	-2,4**
Haushaltsbezogene Merkmale								
Haushaltsnettoeinkommen (äquivalenzgewichtet) ¹								
1. Quartil	51,7	85,4	62,2	77,4	43,9	69,9	-7,7	-15,5***
2. Quartil	59,5	86,1	83,7	94,1	84,1	85,0	24,5***	-1,2
3. Quartil	77,7	97,5	92,0	97,6	116,4	90,6	38,7***	-6,8**
4. Quartil	88,3	95,5	118,9	95,4	142,6	91,3	54,3***	-4,2
Transferleistungen ²								
Bezug von Transferleistungen	(30,0)	(60,8)	52,3	73,3	25,8	64,8	-4,2	4,1
Kein Bezug von Transferleistungen	73,6	93,7	94,8	93,4	104,2	87,1	30,6***	-6,7***
Familienstatus								
Alleinerziehend	64,0	81,2	58,4	74,8	64,6	75,1	0,6	-6,1
Paarhaushalt	71,3	92,5	95,3	93,8	101,7	85,5	30,4***	-7,0***
Mutterbezogene Merkmale								
Erwerbstätigkeit der Mutter								
Nicht erwerbstätig	64,6	89,7	73,1	85,9	63,5	72,5	-1,1	-17,2***
Teilzeit erwerbstätig	70,2	92,5	99,4	93,7	106,2	88,7	36,0***	-3,8
Vollzeit erwerbstätig	93,1	95,7	120,0	99,9	143,7	95,0	50,6***	-0,7
Höchster Bildungsabschluss der Mutter								
Kein oder niedriger Abschluss	49,5	74,3	62,6	80,8	51,5	71,5	2,0	-2,8
Abgeschlossene Ausbildung	75,3	95,6	89,0	92,4	94,7	86,4	19,4***	-9,2***
Abgeschlossenes Studium	81,8	95,3	131,7	95,5	132,6	88,7	50,7***	-6,6

Fortsetzung Tabelle 1

Kinder ab drei Jahren in Kindertageseinrichtungen: Monatliche Kita-Ausgaben pro Kind

	1996 (1)		2005 (2)		2015 (3)		Differenz 1996 und 2015 (3) - (1)	
	Höhe der Kita-Ausgaben ≥ null Euro (in Euro)	Kita-Ausgaben > null Euro (in Prozent)	Höhe der Kita-Ausgaben ≥ null Euro (in Euro)	Kita-Ausgaben > null Euro (in Prozent)	Höhe der Kita-Ausgaben ≥ null Euro (in Euro)	Kita-Ausgaben > null Euro (in Prozent)	Höhe der Kita-Ausgaben ≥ null Euro (in Euro)	Kita-Ausgaben > null Euro (in Prozentpunkten)
Kindbezogene Merkmale								
Alter des Kita-Kindes								
Drei bis vier Jahre	70,7	92,5	88,5	89,8	108,6	87,8	37,9***	-4,7
Fünf Jahre und älter	70,7	90,9	90,7	91,8	82,7	79,8	12,1**	-11,2***
Geschwister des Kita-Kindes								
Mit Geschwisterkindern	64,4	90,7	80,4	89,9	92,0	84,1	27,6***	-6,6***
Ohne Geschwisterkinder	90,9	94,5	116,4	94,3	111,7	84,7	20,7*	-9,8**
Migrationshintergrund des Kita-Kindes								
Direkter oder indirekter Migrationshintergrund	75,0	87,4	85,4	90,8	85,9	81,5	10,8	-6,0
Kein Migrationshintergrund	69,6	92,7	91,7	91,2	102,9	86,0	33,3***	-6,7***
N³	625	625	865	865	2 193	2 193		

Anmerkung: Angaben monatlicher Kita-Ausgaben in konstanten Preisen des Jahres 2010. Fallzahlen kleiner als 40 sind in Klammern dargestellt. Differenzen zwischen den Spalten (3) und (1) sind mit t-Tests auf ihre statistische Signifikanz getestet. Aufgrund fehlender Informationen über den Träger im Jahr 1996 wird hier die Differenz zwischen 2005 und 2015 berechnet.

***, **, * Signifikanz auf dem 1-, 5- und 10-Prozent-Niveau.

1 Grenzen äquivalenzgewichteter monatlicher Nettoeinkommensquartile variieren über die Jahre. Beispiel für 2015: 1. Quartil ≤ 1 048 Euro, 2. Quartil 1 049 bis 1 429 Euro, 3. Quartil 1 430 bis 1 945 Euro, 4. Quartil ≥ 1 946 Euro.

2 Transferleistungen beziehen sich auf folgende Sozialtransfers: Arbeitslosen- und Sozialhilfe (vor 2004) sowie Arbeitslosengeld II und Sozialgeld (ab 2005). Transferleistungen sind auf Haushaltsebene erfasst.

3 Geringfügige Variation in Anzahl der Beobachtungen in Abhängigkeit fehlender Werte in den Merkmalsausprägungen.

Quellen: SOEP v32 (gewichtet); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Ferner lässt sich feststellen, dass die mittleren Ausgaben für Kinder im Kindergartenalter, die ganztags¹⁷ betreut werden, um fast 38 Euro gestiegen sind – und damit deutlich stärker als für Kinder mit einer Halbtagsbetreuung. Bei letzteren lag der Anstieg von rund acht Euro zudem nicht im statistisch signifikanten Bereich. Hier ist der Anteil der Kinder in Haushalten, die überhaupt für die Nutzung einer Kita zahlen, über die Zeit zudem deutlich gesunken (um gut 14 Prozentpunkte). Kinder in Einrichtungen öffentlicher und freier Trägerschaft haben dabei in ähnlichem Umfang von einer Zunahme der Beitragsfreiheit profitiert.

Haushalte mit hohem Einkommen beziehungsweise mit vollzeiterwerbstätigen Müttern waren – was die absolu-

ten Kita-Ausgaben für Kinder ab drei Jahren betrifft – am stärksten vom Ausgabenanstieg betroffen. Keine signifikanten Erhöhungen gab es von 1996 bis 2015 hingegen für Kinder von nicht erwerbstätigen Müttern sowie für Kinder aus Haushalten, die dem untersten Einkommensquartil, also den 25 Prozent der Haushalte in Deutschland mit den geringsten Einkommen, zuzuordnen sind, die Transferleistungen beziehen oder deren Elternteil allein-erziehend ist. Vielmehr zahlten insbesondere Haushalte mit nicht erwerbstätigen Müttern und mit geringen Einkommen für ihr Kind deutlich häufiger nichts für den Kita-Besuch: Sie haben von der Beitragsbefreiung und der Einkommensstaffelung offensichtlich recht stark profitiert, vor allem wenn man die Jahre 2005 und 2015 miteinander vergleicht.

Im Einklang mit dem im achten Sozialgesetzbuch vorgegebenen Rahmen mussten Haushalte durchweg weniger für die Betreuung ihrer ab drei Jahre alten Kinder

¹⁷ Ab dem Jahr 2009 definiert als mindestens sieben Stunden täglich. Davor wurde die genaue Betreuungszeit im SOEP nicht erfasst. Es wurden aber Angaben darüber gemacht, ob das Kind ganztags oder halbtags eine Kita besucht.

ausgeben, wenn Geschwisterkinder im Haushalt lebten, auch wenn der absolute Ausgabenanstieg über die Zeit etwas höher ausfiel als bei Haushalten ohne Geschwisterkinder. Erwartungsgemäß wurden vor allem Haushalte mit drei- bis vierjährigen Kindern stärker belastet – für ältere Kinder fielen 2015 im Vergleich zu 1996 häufiger keine Ausgaben an, da Eltern von allgemeinen Beitragsbefreiungen meist im Jahr vor der Einschulung ihres Kindes profitieren.

Betrachtet man die relative Belastung der Haushalte gemessen am Haushaltsnettoeinkommen, zeigt sich, dass alle Haushalte ab dem zweiten Einkommensquartil einen Anstieg in der relativen Belastung durch Kita-Ausgaben für ihr entsprechendes Kind zu verzeichnen haben (Tabelle 2). Dies trifft auf den Vergleich der Jahre 1996 und 2015 zu. Bemerkenswert ist jedoch auch, dass die 25 Prozent der Haushalte mit den höchsten Einkommen im gesamten Zeitraum relativ niedrig belastet waren. Eine Aufschlüsselung der finanziellen Belastung durch Kita-Ausgaben nach der Größe des Wohnorts ergibt, dass über die Zeit hinweg die relative Belastung von Familien vor allem in Gemeinden mit weniger als 20 000 EinwohnerInnen gestiegen ist. Für größere Städte ist keine signifikante Veränderung über die Zeit zu beobachten.

Anteil der Kinder mit kostenfreiem Kita-Platz im U3-Bereich nahezu konstant

Für die Betreuung der unter drei Jahre alten Kinder, die 2015 deutlich häufiger in eine Kita gingen als 2005, sind die Kita-Ausgaben stark gestiegen (Tabelle 3). Die Zunahme fiel in Westdeutschland mit 93 Euro deutlich höher aus als in Ostdeutschland (34 Euro). Bemerkenswert ist, dass der Anteil der Kinder, für deren Kita-Nutzung Ausgaben getätigt wurden, in größeren Städten sogar signifikant zugenommen hat. Für Kinder mit einem Halbtagsplatz stiegen die Kita-Ausgaben stärker als für Kinder mit einem Ganztagsplatz.

Für die weiteren Haushaltsmerkmale wird die zeitliche Entwicklung aufgrund zu geringer Fallzahlen nicht dargestellt. Im Querschnitt zeigt sich für das Jahr 2015 aber beispielsweise, dass 74 Prozent der Haushalte im untersten Einkommensquartil Ausgaben pro Kind tätigten, die im Mittel deutlich geringer waren als die anderer Haushalte (ohne Tabelle).

Regressionsanalysen bestätigen stärkere Einkommensstaffelung der Beiträge über die Zeit

Multivariate Regressionsanalysen für Kinder im Kindergartenalter können den Einfluss sozioökonomischer und -demografischer Merkmale wie Haushaltseinkommen, Bildungsniveau der Mutter oder Migrationshintergrund

Tabelle 2

Kinder ab drei Jahren in Kindertageseinrichtungen: Relativer Anteil der Kita-Ausgaben am Haushaltsnettoeinkommen

	1996 (1)	2005 (2)	2015 (3)	Differenz 1996 und 2015 (3) - (1)
	(in Prozent)			(in Prozentpunkten)
Deutschland gesamt	5,7	7,1	6,4	0,7**
Regionale Merkmale				
Ost-/Westdeutschland				
Ostdeutschland	7,6	7,8	9,5	1,9
Westdeutschland	5,3	7,0	5,9	0,5*
Gemeindegrößenklasse				
Weniger als 20 000 EinwohnerInnen	5,2	6,9	6,8	1,6***
20 000 bis 100 000 EinwohnerInnen	5,8	7,7	6,7	0,9
Mehr als 100 000 EinwohnerInnen	6,4	6,8	5,8	-0,6
Haushaltsbezogene Merkmale				
Haushaltsnettoeinkommen (äquivalenzgewichtet) ¹				
1. Quartil	6,8	8,6	5,6	-1,2
2. Quartil	5,7	7,7	7,1	1,5**
3. Quartil	6,0	6,7	7,2	1,2***
4. Quartil	4,5	5,7	5,8	1,3***
Transferleistungen ²				
Bezug von Transferleistungen	(5,50)	6,7	3,4	-2,1
Kein Bezug von Transferleistungen	5,8	7,2	6,7	0,9***
Familienstatus				
Alleinerziehend	(5,57)	7,3	6,5	1,0***
Paarhaushalt	7,2	6,1	5,9	-1,4
N ³	604	826	2 121	

Anmerkungen und Fußnoten siehe Tabelle 1. Alle Ausgaben \geq null Euro werden in Relation zum Haushaltsnettoeinkommen gesetzt.

Quellen: SOEP v32 (gewichtet); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

des Kindes herausrechnen und angeben, wie sich die Kita-Ausgaben unter Berücksichtigung dieser potentiellen Einflussfaktoren entwickelt haben. Die Ergebnisse bestätigen, dass der Anteil der ab drei Jahre alten Kinder, deren Eltern Ausgaben für die Kita tätigten, im Jahr 2015 um acht Prozentpunkte geringer war als 1996 (Tabelle 4, Spalte 4). Zumindest ein Teil dieses Rückgangs dürfte auf die seit 2006 vermehrt eingeführten allgemeinen Beitragsbefreiungen einzelner Bundesländer zurückzuführen sein.

Tabelle 3

Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen: Monatliche Kita-Ausgaben pro Kind

	2005			2015			Differenz 2005 und 2015		
	(1)			(2)			(2) – (1)		
	Höhe der Kita-Ausgaben \geq null Euro (in Euro)	Kita-Ausgaben > null Euro (in Prozent)	Kita-Nutzung in Prozent	Höhe der Kita-Ausgaben \geq null Euro (in Euro)	Kita-Ausgaben > null Euro (in Prozent)	Kita-Nutzung in Prozent	Höhe der Kita-Ausgaben \geq null Euro (in Euro)	Kita-Ausgaben > null Euro (in Prozentpunkten)	Kita-Nutzung in Prozent
Deutschland gesamt	97,7	92,0	12,2	170,5	90,5	31,8	72,8***	-1,5	19,6 ***
Regionale Merkmale									
Ost-/Westdeutschland									
Ostdeutschland	108,6	94,0	36,4	142,8	90,0	46,1	34,1**	-3,9	9,7
Westdeutschland	85,1	89,7	6,7	177,9	90,6	29,4	92,8***	0,9	22,7 ***
Gemeindegroßenklasse									
Weniger als 20 000 EinwohnerInnen	111,3	100,0	13,7	144,1	86,9	27,0	32,8**	-13,1***	13,3 ***
20 000 bis 100 000 EinwohnerInnen	(98,2)	(94,7)	10,8	178,5	90,0	21,9	80,4***	-4,7	11,1 **
Mehr als 100 000 EinwohnerInnen	(78,4)	(78,4)	11,6	185,6	93,2	46,0	107,2***	14,8*	34,5 ***
Zeitungsfang									
Halbtägiger Besuch	91,0	93,8		172,5	86,9		81,5***	-6,9	
Ganztägiger Besuch	112,0	88,0		168,1	94,0		56,1***	6,0	
N ³	108	108	734	421	421	1 396			

Anmerkungen siehe Tabelle 1.

Quellen: SOEP v32 (gewichtet); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Auch die bisherigen Befunde hinsichtlich der Gruppenunterschiede bestätigen sich tendenziell, allerdings fallen diese Differenzen insgesamt kleiner aus. Zu berücksichtigen ist auch, dass die dargestellten Ergebnisse nicht im Sinne zeitlicher Entwicklungen zu interpretieren sind. Die Schätzungen basieren auf einem Datensatz, der drei Jahre zusammenfasst. Beispielsweise hatten Haushalte mit Einkommen im obersten Quartil verglichen mit dem untersten Quartil eine um etwa sieben Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, Ausgaben für die Kita-Betreuung zu tätigen. Dagegen hatten Alleinerziehende verglichen mit Paarhaushalten eine signifikant geringere Wahrscheinlichkeit hierfür.

Auch der Anstieg der Kita-Ausgaben über die Zeit bleibt unter Berücksichtigung diverser Merkmale statistisch signifikant (Tabelle 4, Spalte 1). Verglichen mit 1996 zahlten Eltern für Kinder ab drei Jahren 2015 monatlich knapp 18 Euro mehr. Damit kann etwa ein Drit-

tel der oben dargestellten Ausgabensteigerung von fast 27 Euro durch Veränderungen, beispielsweise eine stärker in Anspruch genommene ganztägige Betreuung oder gestiegene Einkommen, erklärt werden. Bemerkenswert ist, dass sich kein signifikanter Ost-West-Unterschied in der Beitragshöhe mehr feststellen lässt. Das deutet darauf hin, dass die höheren Beiträge in Ostdeutschland etwa auf längere tägliche Betreuungszeiten in diesen Regionen zurückgehen.

Lässt man Kinder, deren Eltern keine Kita-Ausgaben tätigen, außen vor, stiegen die Ausgaben über die Zeit noch stärker, gegenüber dem Referenzjahr 1996 um rund 28 Euro im Jahr 2005 beziehungsweise 30 Euro im Jahr 2015 (Tabelle 4, Spalte 2). Schließlich bestätigt sich erneut, dass die Kita-Ausgaben in höheren Einkommensgruppen stärker zunahmen, während sich für die unterste Einkommensgruppe nur ein Anstieg um fast 24 Euro im Jahr 2005 ergab (Tabelle 4, Spalte 3, oberste

Tabelle 4

Kinder ab drei Jahren in Kindertageseinrichtungen: Zusammenhang zwischen Kita-Ausgaben und sozioökonomischen Merkmalen

	Höhe der Kita-Ausgaben in Euro			Kita-Ausgaben > null Euro (in Prozent)
	Ausgaben ≥ null Euro	Ausgaben > null Euro	Ausgaben > null Euro – mit Interaktionen	
	Modell (1)	Modell (2)	Modell (3)	Modell (4)
Jahr				
1996			Referenz	
2005	26,71*** (5,92)	27,67*** (5,70)	23,52*** (7,02)	0,00 (0,01)
2015	17,75*** (5,39)	29,79*** (5,31)	2,16 (8,17)	–0,08*** (0,02)
Regionale Merkmale				
Westdeutschland			Referenz	
Ostdeutschland	–21,04 (18,09)	–25,98 (17,08)	–25,83 (17,24)	0,03 (0,04)
Weniger als 20 000 EinwohnerInnen			Referenz	
20 000 bis 100 000 EinwohnerInnen	9,24* (4,72)	13,39*** (4,21)	13,49*** (4,06)	–0,02 (0,02)
Mehr als 100 000 EinwohnerInnen	21,15*** (4,72)	24,29*** (4,47)	24,36*** (4,43)	–0,01 (0,02)
Merkmale der Kita-Nutzung				
Halbtägiger Besuch			Referenz	
Ganztägiger Besuch	34,11*** (5,35)	27,88*** (5,31)	26,84*** (5,30)	0,06*** (0,01)
Freier Träger			Referenz	
Öffentlicher Träger	–3,293 (5,24)	–1,788 (5,14)	–1,315 (5,02)	–0,01 (0,01)
Privater/betrieblicher Träger	28,06*** (9,67)	17,48* (9,94)	15,60 (9,61)	0,10*** (0,03)
Haushaltsbezogene Merkmale				
Einkommen im 1. Quartil ¹			Referenz	
Einkommen im 2. Quartil	9,66* (5,04)	2,26 (4,55)	–6,67 (5,08)	0,05** (0,02)
Einkommen im 3. Quartil	24,44*** (4,88)	13,45*** (4,45)	6,60 (4,79)	0,08*** (0,02)
Einkommen im 4. Quartil	37,54*** (6,30)	30,39*** (6,00)	16,96* (8,94)	0,07*** (0,02)
Kein Bezug von Transferleistungen			Referenz	
Bezug von Transferleistungen ²	–38,30*** (6,52)	–32,28*** (5,87)	–26,78*** (6,05)	–0,03 (0,02)
Paarhaushalt			Referenz	
Alleinerziehend	–22,47*** (6,46)	–13,87** (5,92)	–14,53** (5,76)	–0,06*** (0,02)
Mutterbezogene Merkmale				
Nicht erwerbstätig			Referenz	
Teilzeit erwerbstätig	5,65 (4,08)	1,62 (3,61)	1,23 (3,61)	0,02 (0,01)
Vollzeit erwerbstätig	19,57*** (6,58)	11,83* (6,29)	11,79* (6,39)	0,07*** (0,02)
Kein oder niedriger Abschluss			Referenz	
Abgeschlossene Ausbildung	16,98*** (4,79)	8,86** (3,50)	8,74** (3,45)	0,06*** (0,02)
Abgeschlossenes Studium	31,27*** (8,42)	25,99*** (7,34)	24,51*** (7,48)	0,05** (0,02)

Fortsetzung Tabelle 4

Kinder ab drei Jahren in Kindertageseinrichtungen: Zusammenhang zwischen Kita-Ausgaben und sozioökonomischen Merkmalen

	Höhe der Kita-Ausgaben in Euro			Kita-Ausgaben > null Euro (in Prozent)
	Ausgaben ≥ null Euro	Ausgaben > null Euro	Ausgaben > null Euro – mit Interaktionen	
	Modell (1)	Modell (2)	Modell (3)	Modell (4)
Kindbezogene Merkmale				
Drei Jahre			Referenz	
Vier Jahre	–0,73 (5,33)	0,87 (4,98)	1,54 (4,86)	–0,01 (0,02)
Fünf Jahre	–2,84 (5,31)	–1,12 (5,28)	–1,05 (5,27)	–0,02 (0,02)
Sechs Jahre und älter	–13,30*** (5,04)	–6,23 (4,48)	–6,41 (4,33)	–0,05*** (0,02)
Ohne Geschwisterkinder			Referenz	
Mit Geschwisterkindern	–14,71*** (5,07)	–14,97*** (4,76)	–15,19*** (4,83)	–0,01 (0,02)
Kein Migrationshintergrund				
Direkter oder indirekter Migrations- hintergrund	4,03 (4,32)	3,80 (3,88)	4,10 (3,85)	0,01 (0,02)
Interaktionen				
2005 * Einkommen im 1. Quartil			Referenz	
2005 * Einkommen im 2. Quartil			7,18 (9,02)	
2005 * Einkommen im 3. Quartil			–3,42 (7,84)	
2005 * Einkommen im 4. Quartil			9,88 (13,39)	
2015 * Einkommen im 1. Quartil			Referenz	
2015 * Einkommen im 2. Quartil			27,21** (11,32)	
2015 * Einkommen im 3. Quartil			33,72*** (9,75)	
2015 * Einkommen im 4. Quartil			41,69*** (13,03)	
Konstante		90,32*** (9,41)	97,95*** (9,54)	
N	3 683	3 127	3 127	3 683
Pseudo-R ²	0,035			0,211
Adjusted R ²		0,31	0,317	

Modell (1): Marginale Effekte aus einem zensierten Regressionsmodell (Tobit). Modell (2): Koeffizienten aus einem linearen Regressionsmodell. Modell (3): Koeffizienten aus einem linearen Regressionsmodell mit Interaktionen zwischen Einkommensgruppen und Jahren. Modell (4): Durchschnittliche marginale Effekte eines Probit-Modells. Alle Modelle berücksichtigen bundeslandspezifische fixe Effekte.

Standardfehler sind auf Haushaltsebene geclustert und in Klammern dargestellt.

***, **, * Signifikanz auf dem 1-, 5- und 10-Prozent-Niveau. Für weitere Anmerkungen und Fußnoten siehe Tabelle 1.

Quellen: SOEP v32 (gewichtet); eigene Berechnungen.

Tabelle 5

Fortsetzung Tabelle 5

**Kinder unter drei Jahren in Kindertageseinrichtungen:
Zusammenhang zwischen Kita-Ausgaben und
sozioökonomischen Merkmalen**

	Höhe der Kita-Ausgaben in Euro			Höhe der Kita-Ausgaben in Euro	
	Ausgaben \geq null Euro	Ausgaben > null Euro		Ausgaben \geq null Euro	Ausgaben > null Euro
	Modell (1)	Modell (2)		Modell (1)	Modell (2)
Jahr			Alleinerziehend	-19,73 (15,97)	-9,21 (15,92)
2005	Referenz		Mutterbezogene Merkmale		
2015	50,52*** (13,43)	56,79*** (12,58)	Nicht erwerbstätig	Referenz	
Regionale Merkmale			Teilzeit erwerbstätig	29,70** (12,98)	20,50 (12,63)
Westdeutschland	Referenz		Vollzeit erwerbstätig	43,55** (17,08)	31,00* (16,70)
Ostdeutschland	-4,09 (14,56)	-3,20 (13,90)	Kein oder niedriger Abschluss	Referenz	
Weniger als 20 000 EinwohnerInnen	Referenz		Abgeschlossene Ausbildung	24,21 (14,84)	3,57 (14,01)
20 000 bis 100 000 EinwohnerInnen	10,85 (14,42)	4,43 (14,05)	Abgeschlossenes Studium	41,79** (16,93)	17,49 (16,04)
Mehr als 100 000 EinwohnerInnen	12,32 (16,67)	9,82 (16,81)	Kindbezogene Merkmale		
Merkmale der Kita-Nutzung			Bis ein Jahr	Referenz	
Halbtägiger Besuch	Referenz		Zwei Jahre	-0,51 (10,71)	5,54 (11,04)
Ganztägiger Besuch	4,98 (12,14)	-1,57 (12,22)	Ohne Geschwisterkinder	Referenz	
Freier Träger	Referenz		Mit Geschwisterkindern	-30,57*** (10,38)	-31,54*** (10,35)
Öffentlicher Träger	-15,62 (11,34)	-11,89 (11,30)	Kein Migrationshintergrund	Referenz	
Privater/betrieblicher Träger	69,83*** (21,57)	68,20*** (22,62)	Direkter oder indirekter Migrations- hintergrund	-0,89 (13,23)	-1,38 (12,94)
Haushaltsbezogene Merkmale			Konstante	92,22* (47,93)	
Einkommen im 1. Quartil ¹	Referenz		N	529	461
Einkommen im 2. Quartil	0,52 (13,98)	-1,01 (15,05)	Pseudo-R ²	0,065	
Einkommen im 3. Quartil	46,67*** (17,36)	53,43*** (17,23)	Adjusted R ²	0,485	
Einkommen im 4. Quartil	80,55*** (18,35)	85,95*** (18,86)			
Kein Bezug von Transferleistungen	Referenz				
Bezug von Transferleistungen ²	-50,12*** (18,61)	-41,30** (18,47)			
Paarhaushalt	Referenz				

Modell (1): Marginale Effekte aus einem zensierten Regressionsmodell (Tobit).
Modell (2): Koeffizienten aus einem linearen Regressionsmodell. Alle Modelle
berücksichtigen bundeslandspezifische fixe Effekte. Standardfehler sind auf
Haushaltsebene geclustert und in Klammern dargestellt.

***, **, * Signifikanz auf dem 1-, 5- und 10-Prozent-Niveau. Für weitere Anmer-
kungen und Fußnoten siehe Tabelle 1.

Quellen: SOEP v32 (gewichtet); eigene Berechnungen.

Zeile). Dies ist offensichtlich das Ergebnis einer stärkeren Einkommensstaffelung der Beiträge: Wurden für Kinder aus Haushalten im obersten Einkommensquartil 1996 durchschnittlich 17 Euro mehr gezahlt¹⁸ als für Kinder aus Haushalten im untersten Einkommensquartil, erhöhte sich dieser Unterschied im Jahr 2015 nochmal um fast 42 Euro. Die unterschiedliche Ausgabenentwicklung nach Einkommen konnte folglich nicht allein durch ein unterschiedliches Nutzungsverhalten oder andere Merkmale wie das Alter des Kindes zustande kommen, auch wenn diese Merkmale oftmals signifikant mit den getätigten Ausgaben zusammenhängen.

Ausgabenanstieg im U3-Bereich reduziert sich, wenn andere Merkmale berücksichtigt werden

Für unter drei Jahre alte Kinder sind die Kita-Ausgaben pro Kind in den Jahren 2005 bis 2015 um fast 51 Euro gestiegen (Tabelle 5, Spalte 1). Auch hier reduziert sich der Anstieg von ursprünglich 73 Euro also um etwa ein Drittel, wenn man das Haushaltseinkommen und weitere Merkmale berücksichtigt. Das Einkommen und die Erwerbstätigkeit der Mutter stehen in einem positiven Zusammenhang mit der Ausgabenhöhe. Zum Beispiel hatten Haushalte im oberen Einkommensquartil um fast 81 Euro höhere Kita-Ausgaben pro Kind als Haushalte aus dem unteren Einkommensquartil. Haushalte mit Transferbezug und Haushalte mit mehr als einem Kind zahlten im Mittel etwa 50 Euro beziehungsweise 31 Euro weniger für die Kita-Betreuung ihres Kindes. Alleinerziehende und Haushalte, die einen Halbtagsplatz nutzen, hatten dagegen keine signifikant geringeren Ausgaben. Die Befunde sind ähnlich, wenn man Kinder, für deren Kita-Besuch Haushalte keine Ausgaben tätigen, ausschließt (Tabelle 5, Spalte 2).

Fazit

Private Haushalte mussten in den vergangenen 20 Jahren im Durchschnitt immer mehr Geld für die Betreuung eines Kindes in einer Kindertageseinrichtung ausgeben. Vergleicht man verschiedene Haushalte miteinander, zeigen sich jedoch große Unterschiede. Denn während vor allem einkommensstärkere Haushalte mitunter deutlich mehr zahlten, wurde gleichzeitig ein zunehmender Anteil von Beiträgen befreit und die relative Belastung durch Kita-Ausgaben der unter die Armutsrisikogrenze fallenden Haushalte ging zurück. Insgesamt deuten die Ergebnisse also darauf hin, dass die im zuständigen Bundesgesetz vorgesehene Staffelung von Kita-Beiträgen

angewendet wird und dass Merkmale wie Einkommen und Geschwisterzahl bei der Festsetzung der Beiträge einbezogen werden. Mindestens ein Teil des Ausgabenanstiegs der Familienhaushalte ist darauf zurückzuführen, dass sich die Merkmale der Kinder und ihrer Eltern, die Kita-Beiträge zahlen, etwa das Haushaltseinkommen und auch das Nutzungsverhalten, mit der Zeit geändert haben. Ein anderer Grund für den Anstieg könnte sein, dass die Fachkräfte teilweise höher entlohnt werden, was zu „Preissteigerungen“ führen kann. In jedem Fall macht sich aber die zunehmende Zahl von Bundesländern, die Eltern beispielsweise im Jahr vor der Einschulung des Kindes komplett von Beiträgen befreien, auch in einem zunehmenden Anteil von Haushalten bemerkbar, die keine Beiträge für den Kita-Besuch ihres Kindes entrichten.

Die relative Belastung aller armutsgefährdeten Haushalte durch Kita-Ausgaben ist über die Zeit zurückgegangen und inzwischen niedriger als die anderer Haushalte. Betrachtet man allerdings nur jene armutsgefährdeten Haushalte, die tatsächlich Ausgaben tätigen, liegt deren relative Belastung noch immer nicht unter der einkommensstärkeren Haushalte. Wenn armutsgefährdete Haushalte aus sozialpolitischer Sicht stärker entlastet werden sollen, wäre hier anzusetzen. Die Politik sollte daher sowohl auf Bundes-, als auch auf Landes- und kommunaler Ebene nicht allgemeine Beitragsbefreiungen für den gesamten Betreuungsumfang eines Kindes ins Auge fassen, sondern vielmehr über eine noch stärkere und gezieltere Einkommensprogression bei den Beiträgen für die Kindertagesbetreuung nachdenken. Dies ist auch deshalb sinnvoll, weil Haushalte mit höheren Einkommen oftmals bereit sind, noch höhere Kita-Beiträge zu zahlen. Diese Zahlungsbereitschaft ist sogar dann vorhanden, so zeigen Umfragen, wenn die Betreuungsqualität nicht damit verbunden wird.¹⁹ Würde die Qualität verbessert, wäre mit 48 Prozent sogar fast die Hälfte der Eltern mit Kindern in Kitas bereit, höhere Beiträge zu zahlen. Auch hier zeigt sich, dass dieser Anteil mit dem Einkommen steigt.²⁰

Die Politik wäre somit gut beraten, zusätzliche öffentliche Mittel in eine bessere Qualität der Kindertagesbetreuung und in einen bedarfsgerechten Ausbau der Kita-Betreuung im U3-Bereich zu investieren, wo der Bedarf immer noch nicht gedeckt ist. Eine zielgerichtete Entlastung unterer Einkommen sollte bundesweit einheitlich geregelt werden – mit verbindlichen Regelungen, die über die derzeit im Sozialgesetzbuch verankerten Rahmenregelungen hinausgehen.²¹

¹⁸ Durch die Interaktion zwischen Erhebungsjahren und Quartil des Haushaltsnettoeinkommens ändert sich die Interpretation der Koeffizienten. Die Koeffizienten des Haushaltsnettoeinkommens sind nunmehr in Referenz zu dem ersten Einkommensquartil im Erhebungsjahr 1996 zu interpretieren.

¹⁹ Vgl. Camehl (2015), a. a. O.

²⁰ Vgl. Bertelsmann Stiftung (2017), a. a. O.

²¹ Vgl. dazu auch C. Katharina Spiess (2017): Quo Vadis Kita-Beiträge? Wirtschaftsdienst 97, 9, 651–654.

Sophia Schmitz ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | sschmitz@diw.de

C. Katharina Spieß ist Leiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | kspiess@diw.de

Juliane F. Stahl war Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | jstahl@diw.de

JEL: I 24, I 28, J 13, I 22

Keywords: child care, early education, day care fees, socio-economic differences, child costs

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 42/2017:

www.diw.de/econbull





Prof. Dr. C. Katharina Spieß, Leiterin
der Abteilung Bildung und Familie
am DIW Berlin

INTERVIEW MIT C. KATHARINA SPIESS

»Belastung der unteren Einkommen durch Kita-Kosten sollte weiter gesenkt werden!«

1. Frau Spieß, welche Bedeutung haben Kindertageseinrichtungen in Deutschland und wie häufig werden sie überhaupt in Anspruch genommen? Kindertageseinrichtungen in Deutschland sind extrem wichtig für die Bildung und Betreuung von Kindern, die noch nicht zur Schule gehen. Wir können in den unterschiedlichen Bereichen unterschiedliche Entwicklungen beobachten. Unter Kindern, die drei Jahre oder älter sind, besuchen nahezu alle eine Kindertageseinrichtung, insbesondere fast alle Kinder im letzten Jahr vor der Einschulung. Im Bereich der Kinder unter drei Jahren sehen wir eine andere Entwicklung. Dort sind bekanntermaßen noch nicht alle Kinder in einer Kindertageseinrichtung, aber durch den extremen Ausbau im so genannten U3-Bereich haben wir dort in den letzten Jahren eine massive Steigerung der Nutzungsquoten zu verzeichnen.
2. Wie haben sich die privaten Ausgaben für die Betreuung in Kindertageseinrichtungen in den letzten Jahren entwickelt? Insgesamt sind die Ausgaben über die Zeit gestiegen. Wir haben den Zeitraum von 1996 bis 2015 in unseren Daten analysieren können, und wir können sehen, dass es insbesondere für Kinder unter drei Jahren einen starken Ausgabenanstieg seit 2005 gab. Für Kinder im Kindergartenalter war der Anstieg von 1996 bis zum Jahre 2005 besonders stark. Danach koppelt sich dieser Bereich ab. Dann gab es zwar auch im Kindergartenbereich einen Ausgabenanstieg, der war aber nicht so massiv wie im U3-Bereich.
3. Wie sind die Unterschiede zwischen den Bereichen zu erklären? Wir können diese Entkopplung der beiden Bereiche nach dem Jahr 2005 primär dadurch erklären, dass die unterschiedlichen Beitragsbefreiungen, die einzelne Bundesländer durchgeführt haben, und die zunehmende Einkommensstaffelung insbesondere für den Kindergartenbereich zutreffen. Deshalb können wir dort einen Anstieg beobachten, der nicht so steil verläuft wie im U3-Bereich. Es gibt nur ganz wenige Bundesländer, die auch den U3-Bereich beitragsbefreit anbieten. Außerdem stellen wir für beide Kita-Bereiche

fest, dass ein Teil des Ausgabenanstiegs auch durch eine Veränderung in den Nutzergruppen zustande kommt. Diesen Unterschied können wir herausrechnen und können sehen, dass wir trotz dieses Unterschiedes in den Nutzergruppen immer noch zum Teil massive Ausgabenanstiege beobachten können.

4. Was bedeutet der Kostenanstieg insbesondere für die einkommensschwächeren Haushalte? Unsere Untersuchungen haben gezeigt, dass insbesondere die einkommensschwächeren Haushalte und damit auch die armutsgefährdeten Haushalte inzwischen zwar weniger belastet sind als in den vorherigen Jahren, aber relativ betrachtet im Kindergartenbereich immer noch eine genauso hohe Belastung haben wie andere Haushalte. Für einige einkommensärmere Haushalte ist der Kita-Besuch durchaus ein Kostenfaktor. Deshalb sollten insbesondere diese Gruppen auch künftig stärker entlastet werden.
5. Wie könnte eine solche Entlastung aussehen? Eine solche Entlastung sollte dem Befund Rechnung tragen, dass insbesondere höhere Einkommensgruppen eine sehr hohe Zahlungsbereitschaft für Kindertageseinrichtungen haben, wie Umfragen zeigen. Wir können sogar feststellen, dass Haushalte in höheren Einkommensgruppen bereit sind, noch mehr zu zahlen, insbesondere dann, wenn die Qualität steigt. Insofern plädieren wir dafür, diese Zahlungsbereitschaft auszuschöpfen und insgesamt von einer Beitragsbefreiung für alle abzusehen. Die Einkommensstaffelung sollte so gestaltet werden, dass untere Einkommensgruppen noch stärker entlastet werden. Es geht insbesondere im Kindergartenbereich nicht darum, dass man Nutzungsquoten steigert, indem Kindergartenplätze gebührenfrei angeboten werden. Denn nahezu alle Kinder im Kindergartenalter sind in einer Kita. Es muss vielmehr darum gehen, dass die relative Belastung der Haushalte im unteren Einkommensbereich weiter sinkt.

Das Gespräch führte Erich Wittenberg.



Das vollständige Interview zum Anhören finden
Sie auf www.diw.de/interview

Finanzbildung fördert finanzielle Inklusion in armen und reichen Ländern

Von Antonia Grohmann und Lukas Menkhoff

Moderne Gesellschaften profitieren aus sozialen und ökonomischen Gründen von der Teilhabe möglichst aller Menschen an finanziellen Dienstleistungen, das heißt von finanzieller Inklusion. Diese Studie zeigt in einem Ländervergleich, dass durch finanzielle Bildung der Bevölkerung die finanzielle Inklusion in einem Land gefördert wird. Dieser Zusammenhang geht über den Effekt von hoher ökonomischer oder finanzieller Entwicklung hinaus. Außerdem zeigt sich, dass der Effekt von hoher finanzieller Bildung auf die „Nutzung von Finanzprodukten“ am stärksten ist, wenn das Finanzsystem gut entwickelt ist. Dagegen ist der Bildungseffekt auf den „Zugang zu Finanzen“ für die Länder am größten, die finanziell weniger entwickelt sind. Eine auf finanzielle Inklusion abzielende Wirtschaftspolitik sollte sich deshalb nicht nur auf die finanzielle Infrastruktur konzentrieren, sondern auch die Verbesserung der finanziellen Bildung im Blick behalten.

Die Teilhabe möglichst aller Menschen an finanziellen Dienstleistungen ist in modernen Gesellschaften ein allgemein anerkanntes Ziel.¹ Nimmt man aber zum Beispiel nur den grundlegendsten Indikator für finanzielle Inklusion, das ist die Verfügung über ein Bankkonto, dann sind ungefähr 45 Prozent der Weltbevölkerung ausgeschlossen. Stellt man neben der Existenz dieses Kontos auch auf seine Nutzung als Indikator für Inklusion ab, dann steigt der Anteil der Ausgeschlossenen etwa auf 77 Prozent.² Dieses Problem gibt es praktisch auf der ganzen Welt, wenngleich in ärmeren Ländern weitaus stärker (Abbildung 1).

Mangelnde finanzielle Inklusion ist aber nicht nur ein soziales Problem, sondern auch ein ökonomisches. Ein funktionierendes Finanzsystem, das die gesamte Volkswirtschaft mit all ihren Gruppen erreicht, ist eine wichtige Voraussetzung für wirtschaftliche Entwicklung.³ So gibt es einen Zusammenhang zwischen dem Zugang zu Finanzdienstleistungen und dem Wirtschaftswachstum eines Landes. Insofern kümmert sich die Wirtschaftspolitik in vielen Ländern systematisch um den Ausbau der finanziellen Infrastruktur, indem möglichst flächendeckend Finanzinstitutionen ausgebaut werden. Allerdings ist die Existenz solcher Institutionen nur eine notwendige Bedingung für finanzielle Inklusion, denn das Angebot an Dienstleistungen muss dann auch angenommen werden. Damit weitreichende und komplexe Finanzdienstleistungen tatsächlich voll angenommen werden, benötigt es eine ausreichende finanzielle Bildung möglichst der ganzen Bevölkerung.

¹ Finanzielle Inklusion wird als wichtiger Schritt zur Erreichung der 17 Sustainable Development Goals gesehen. Vgl. Leora Klapper, Mayada El-Zoghbi und Jake Hess (2016): Achieving the sustainable development goals: The role of financial inclusion, CGAP Working Paper, Washington.

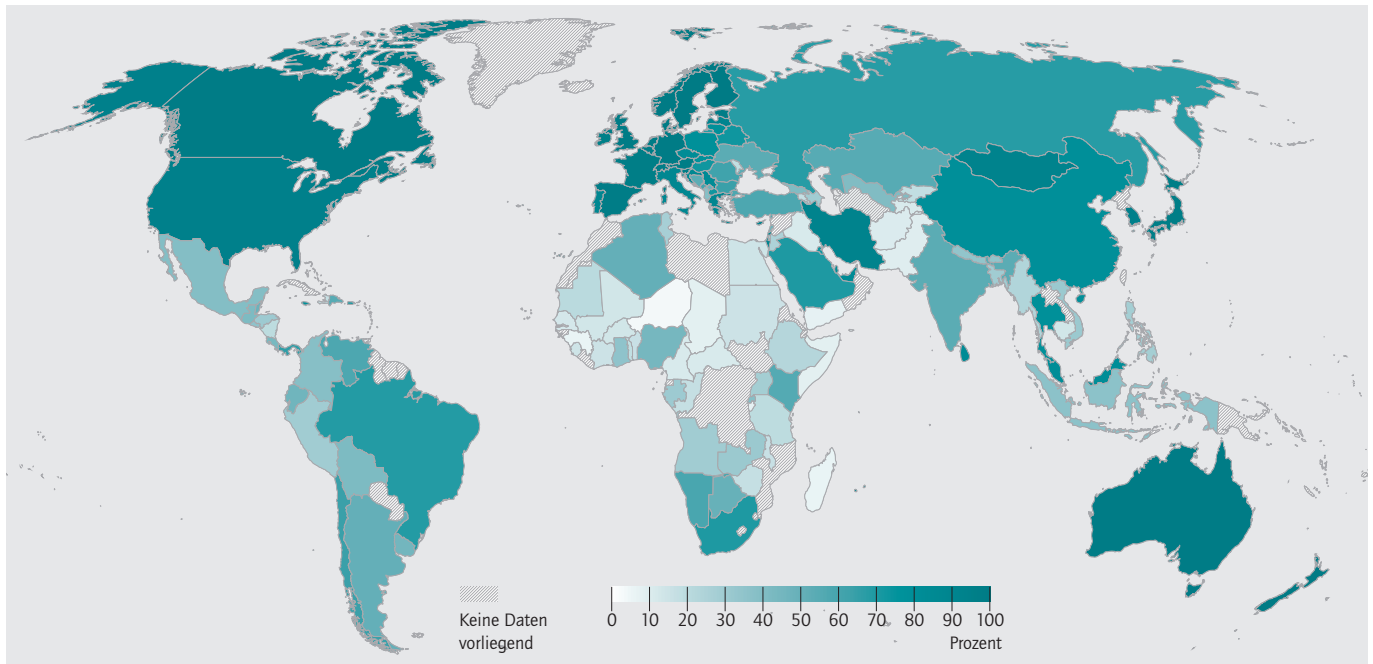
² Nutzung bedeutet hier nur, dass in einem Jahr wenigstens eine Transaktion mit dem Konto stattgefunden hat.

³ Vgl. Zum Beispiel Ross Levine, Norman Loayza und Thorsten Beck (2000): Financial intermediation and growth, Journal of Monetary Economics, 46(1), 205–224.

Abbildung 1

Finanzielle Inklusion weltweit

Anteil der Bevölkerung mit einem Konto bei einer formellen Institution, in Prozent



Quellen: World Bank; FINDEX Data.

© DIW Berlin 2017

Das Niveau der finanziellen Inklusion hängt stark mit dem Entwicklungsniveau des Landes zusammen.

In der Tat zeigt dieser Bericht, dass eine bessere finanzielle Bildung von Menschen die finanzielle Inklusion ähnlich positiv beeinflusst wie der Ausbau finanzieller Infrastruktur.⁴ In Ländern mit geringer finanzieller Entwicklung kann finanzielle Bildung den Effekt von finanzieller Infrastruktur auf die finanzielle Inklusion (access to finance) ersetzen. Bei fortgeschrittener Entwicklung der finanziellen Institutionen können finanzielle Bildung bestehende finanzielle Institutionen stärken und dafür sorgen, dass Menschen vermehrt Finanzprodukte nutzen (use of financial services). Diese Zusammenhänge könnten die Wirtschaftspolitik in vielen Ländern motivieren, sich neben dem Ausbau von Finanzinstitutionen intensiver als derzeit üblich um die Verbesserung von Finanzbildung zu bemühen.

⁴ Vgl. für weiter gehende Informationen Antonia Grohmann, Theres Klühs und Lukas Menkhoff (2017): Does financial literacy improve financial inclusion? Cross country evidence, DIW Discussion Paper 1682 (online verfügbar, abgerufen am 26.09.2017). Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

Die Form finanzieller Inklusion hängt vom Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft ab

Für empirische Studien zu finanzieller Inklusion benötigt man quantifizierbare Indikatoren, die anzeigen, wie hoch die finanzielle Inklusion in einer Volkswirtschaft ist. In der Literatur zu diesem Thema sind zahlreiche solche Indikatoren vorgeschlagen worden.⁵ Der meist genutzte Indikator ist die bereits eingangs erwähnte Verfügbarkeit eines Bankkontos. Dabei wird in der Regel jede Art Konto akzeptiert. Es muss also kein Girokonto sein, sondern kann zum Beispiel auch ein Sparbuch sein, weil in manchen Gegenden der Welt bargeldlose Transaktionen noch unüblich oder gar unmöglich sind. Auch mobile Money-Konten werden hier als Konto betrachtet.⁶ Diese bieten die Möglichkeit, Geld mit dem Handy zu sparen oder zu transferieren.

⁵ Asli Demirgüç-Kunt und Leora Klapper (2013): Measuring financial inclusion: Explaining use of financial services across and within countries, Brookings Paper on Economic Activity, 279–321.

⁶ Jenny Aker und L.M. Mbiti (2010): Mobile phones and economic development in Africa, Journal of Economic Perspectives, 24, 207–232.

Dieser Fall zeigt bereits, dass finanzielle Inklusion je nach Entwicklungsstand einer Volkswirtschaft etwas anderes bedeutet. Sicherlich ist der Besitz eines Kontos für alle Länder ein notwendiger Startpunkt. Für viele Menschen mag es bereits ein entscheidender Schritt sein, weil sie erstmals eine sichere Aufbewahrungsmöglichkeit für ihr Geld haben oder Zinsen erhalten. Diese beiden Vorteile erleichtern wiederum das Sparen und damit auch das Investieren.⁷

In einem Land wie Deutschland dagegen kommt es auf die Form des Kontos an, weil nicht ein Spargbuch, sondern das Girokonto der kritische Punkt ist, zu dem manche Personen nur unter Schwierigkeiten Zugang bekommen. Da den meisten Menschen Finanzdienstleistungen in vielfältiger Form zur Verfügung stehen, kommt es – anders als in einem Entwicklungsland – stärker auf die geeignete Nutzung an. Man kann nur schwer von echter Teilhabe an Finanzdienstleistungen sprechen, wenn beispielsweise ein Haushalt überschuldet ist oder Ersparnisse schlecht angelegt werden.

Da sich die hier vorliegende empirische Studie mit der Situation in der Weltwirtschaft beschäftigt, ergeben sich hinsichtlich der Indikatoren finanzieller Inklusion zwei Restriktionen: Zum einen sind die Inklusionsprobleme reicher Volkswirtschaften untypisch für die Welt und zum anderen sind vergleichende Daten für verschiedene Länder nur eingeschränkt verfügbar. Daraus folgt, dass in dieser empirischen Arbeit mit vier unterschiedlichen Indikatoren gearbeitet wird (Kasten 1), darunter die Verfügbarkeit über ein Bankkonto als einfachstem Indikator.⁸

Darstellung der Indikatoren für finanzielle Bildung und Infrastruktur

Um den Einfluss von finanzieller Bildung und finanzieller Infrastruktur auf Inklusion zu untersuchen, sind Indikatoren notwendig, die finanzielle Bildung und Infrastruktur auf Länderebene messen. Für die finanzielle Bildung existierten bis vor kurzem fast nur Länderstudien, die zwar einen gemeinsamen Kern einfacher Fragen zur Ermittlung finanzieller Bildung nutzen, aber im Detail immer wieder davon abweichen.⁹ Insofern ist es ein großer Fortschritt für die empirische ländervergleichende Analyse, dass es seit 2014 einen Datensatz gibt,

Kasten 1

Maße für finanzielle Inklusion

Es gibt zahlreiche Indikatoren, um den Zugang zu Finanzinstitutionen zu messen. Diese Studie beschränkt sich hier auf den Zugang zu Finanzprodukten, die für die meisten Menschen klare Vorteile bieten (was zum Beispiel bei Krediten weniger eindeutig ist): Bankkonten und Debitkarten. Dabei wird sowohl der Zugang zu diesen Produkten als auch die Nutzung dieser Produkte gemessen, immer bezogen auf die Erwachsenen in der Bevölkerung.

Zugang zu Finanzdienstleistungen:

1. Zugang zu einem Bankkonto: gemessen als der Anteil der Bevölkerung eines Landes, der ein Bankkonto hat. Dies schließt Spargbücher und Mobile Money-Konten mit ein.
2. Zugang zu einer Debitkarte: gemessen als Anteil der Bevölkerung, der eine Debitkarte hat.

Nutzung von Finanzdienstleistungen:

3. Nutzung des Kontos: gemessen als Anteil der Bevölkerung, der ein Konto im letzten Jahr zum Sparen benutzt hat.
4. Nutzung der Bankkarte: gemessen als Anteil der Bevölkerung, der im letzten Jahr seine Debitkarte benutzt hat.

der für 143 Länder identische Fragen zur Finanzbildung in jeweils repräsentativen Umfragen stellt.¹⁰

Die Fragen stellen auf das Verständnis von vier finanziellen Konzepten ab, das heißt Zins, Inflation, Zinseszins und Diversifikation (Kasten 2). Der Anteil der richtig beantworteten Fragen variiert einerseits mit dem Schwierigkeitsgrad der Frage und andererseits mit dem Entwicklungsstand des Landes, der an dessen Bildungs- oder Einkommensniveau erkennbar ist (Tabelle 1). Die Werte für Deutschland sind zum Vergleich angegeben und sind erwartungsgemäß relativ hoch.

Um diese Einzelinformationen besser auswerten zu können, werden typischerweise die Antworten zu den

⁷ Pascaline Dupas, Dean Karlan, Jonathan Robinson und Diego Ubfal (2016): Banking the unbanked? Evidence from three countries, NBER Working Paper 22463.

⁸ Vgl. Antonia Grohmann et al. (2017), a. a. O.

⁹ Eine Übersicht bieten Annamaria Lusardi und Olivia S. Mitchell (2014): The economic importance of financial literacy: Theory and evidence, Journal of Economic Literature, 52(1), 5–44.

¹⁰ Leora Klapper, Annamaria Lusardi und Peter van Oudheusden (2015): Financial literacy around the world: Insights from the Standards and Poor's Ratings Service Global Financial Literacy Survey.

Kasten 2

Fünf Fragen zur finanziellen Bildung

Für den S&P Global Financial Literacy Survey wurden in 143 Ländern jeweils rund 1 000 erwachsene Personen befragt. Es wurden insgesamt fünf Fragen zu vier verschiedenen Finanzkonzepten gestellt: numerische Fähigkeiten, Zinseszins (zwei Fragen), Inflation und Risikodiversifizierung. Eine Person gilt hier als finanziell gebildet, wenn er/sie drei von vier Konzepten richtig beantworten kann. Zu jeder Frage gab es neben den unten aufgeführten Antwortmöglichkeiten auch immer die Optionen „Ich weiß es nicht“ sowie „Ich verweigere die Antwort“.

1. Numerische Fähigkeiten

Nehmen Sie an, Sie haben 100 US-Dollar bei der Bank geliehen. Welcher Rückzahlungsbetrag ist niedriger: 105 US-Dollar oder 100 US-Dollar plus drei Prozent Zinsen?

- a) 105 US-Dollar
- b) 100 US-Dollar plus Zinsen

2. Zinseszins

Nehmen Sie an, Sie legen Ihr Geld für zwei Jahre auf die Bank. Die Bank gibt Ihnen 15 Prozent Zinsen pro Jahr. Wird die Bank im zweiten Jahr mehr zu Ihrem Konto hinzufügen als im ersten Jahr oder wird die Bank in beiden Jahren gleich viel Geld zu Ihrem Konto hinzufügen?

- a) Im zweiten Jahr mehr
- b) In beiden Jahren gleich viel

Nehmen Sie an, Sie haben 100 US-Dollar auf dem Konto und die Bank gibt Ihnen zehn Prozent Zinsen pro Jahr. Wieviel Geld hätten Sie auf dem Konto, wenn Sie nie Geld abheben?

- a) Mehr als 150 US-Dollar
- b) Genau 150 US-Dollar
- c) Weniger als 150 US-Dollar

3. Inflation

Nehmen Sie an, die Preise für alles, was Sie kaufen, verdoppeln sich in den nächsten 10 Jahren. Wenn Ihr Einkommen sich auch verdoppelt, können Sie dann mehr, weniger oder genauso viel wie heute kaufen?

- a) Weniger als heute
- b) Genauso viel wie heute
- c) Mehr als heute

4. Risikodiversifizierung

Nehmen Sie an, Sie wollen Geld investieren. Ist es sicherer, alles Geld in ein Unternehmen oder eine Anlagemöglichkeit zu stecken, oder ist es sicherer, in mehrere Unternehmen oder Anlagemöglichkeiten zu investieren?

- a) Ein Unternehmen oder eine Anlagemöglichkeit
- b) Mehrere Unternehmen oder Anlagemöglichkeiten

Tabelle 1

Finanzielle Bildung nach Einkommensklassen

	Frage zu Numerischen Fähigkeiten	Frage zum Zinseszins	Frage zur Inflation	Frage zu Risikodiversifizierung
Länder mit niedrigem Einkommen	41	47,1	38,4	45,6
Länder mit mittlerem Einkommen im unteren Bereich	45	42,6	50,4	31,8
Länder mit mittlerem Einkommen im oberen Bereich	48,4	43,5	52,7	33,9
Länder mit hohem Einkommen	50,7	50,6	61,3	52,9
Deutschland	66,1	64,3	61,6	73,6

Quelle: S&P Global Financial Literacy Data. Es handelt sich um die von der Weltbank festgelegten Einkommensklassen.

Auch in Ländern mit mittlerem und hohem Einkommen ist das Niveau der Finanzbildung niedrig.

jeweiligen Fragen in einer Kennzahl zusammengefasst. Diese Untersuchung nutzt die Daten einer Studie¹¹, in von „finanzieller Bildung“ gesprochen wird, wenn eine Person Antworten zu drei von vier Konzepten richtig angegeben hat. Im nächsten Schritt wird der Anteil der Befragten ermittelt, der dieser Definition folgend finanziell gebildet ist. Dieser Anteil liegt für reichere Länder systematisch höher als für ärmere Volkswirtschaften (Abbildung 2). So erreicht Deutschland zum Beispiel einen Wert von 66 Prozent, während der Wert in Ägypten 27 Prozent beträgt.

Für die Messung des Entwicklungsstands der finanziellen Infrastruktur gibt es zwar zahlreiche Indikatoren (ähnlich wie bei finanzieller Inklusion oder finanzieller Bildung), doch ist das Verhältnis des Volumens privater Kredite zum Bruttoinlandsprodukt, kurz der „Kreditquotient“, ganz klar das gebräuchlichste Maß in der Literatur. Der Kreditquotient steigt natürlich ebenfalls mit der wirtschaftlichen Entwicklung (Abbildung 3).

Finanzielle Inklusion steigt mit der Entwicklung einer Volkswirtschaft

Die bisherigen Regressionensanalysen legen nahe, dass das Maß finanzieller Inklusion in einer Volkswirtschaft mit deren Entwicklungsniveau steigt. Tatsächlich gilt dieser Befund sehr deutlich (Abbildung 4). Insofern ist es für eine ursächliche Analyse des Effekts der finanziellen Bildung auf die finanzielle Inklusion wichtig, den jeweiligen Entwicklungsstand der Länder in den Berechnungen zu berücksichtigen.¹²

Finanzielle Bildung ist positiv mit finanzieller Inklusion korreliert

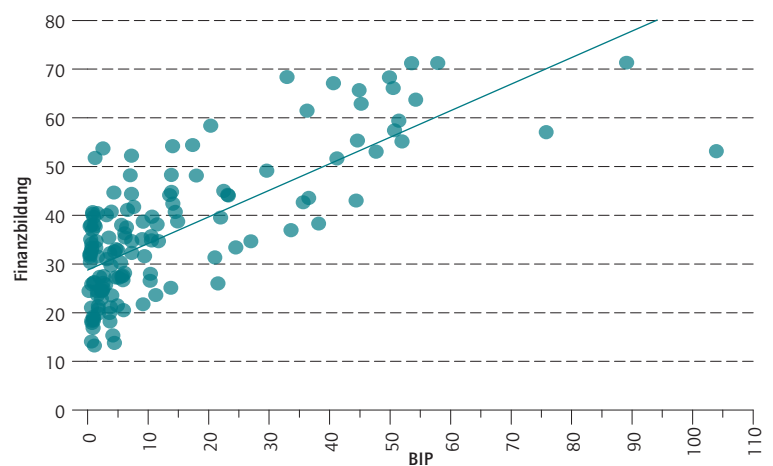
Da sowohl finanzielle Bildung als auch finanzielle Inklusion positiv mit dem Pro-Kopf-Einkommen korreliert sind (weil diese Variablen verschiedene Aspekte von Entwicklung messen), ist es nicht überraschend, dass auch diese beiden Finanzvariablen eine hoch signifikante positive Korrelation aufweisen (Tabelle 2). Wegen dieser gemeinsamen Abhängigkeit von der allgemeinen Entwicklung ist es sinnvoll, die gemeinsamen Bestimmungsgründe in den Berechnungen zu berücksichtigen. Dies geschieht in zwei Schritten.

In einer erweiterten Regressionsanalyse werden zusätzlich allgemeine Ländercharakteristika berücksichtigt (Tabelle 2). Dies gilt vor allem für das bereits mehrfach erwähnte Pro-Kopf-Einkommen. Daneben gehen auch

Abbildung 2

Zusammenhang zwischen finanzieller Bildung und Bruttoinlandsprodukt

Finanzielle Bildung gemessen am Anteil der Erwachsenen, die mindestens drei von vier Fragen korrekt beantwortet haben, in Prozent; Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und Jahr in tausenden US-Dollar



Quellen: Weltbank; S&P Global Financial Literacy Data.

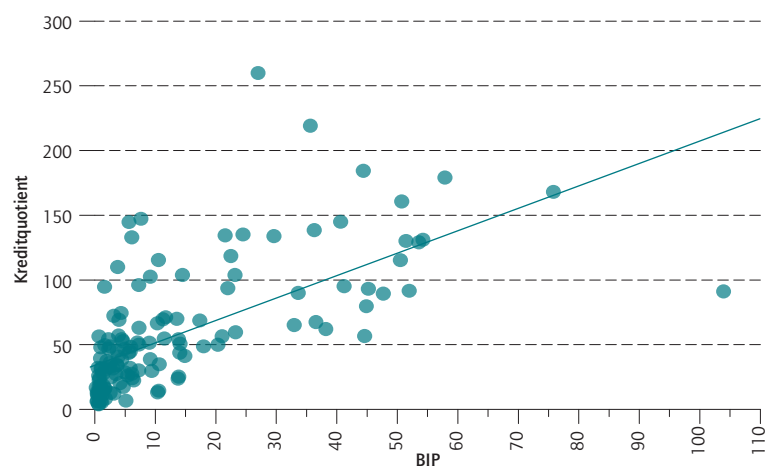
© DIW Berlin 2017

Die Korrelation zwischen finanzieller Bildung und der Entwicklung der Volkswirtschaft ist positiv.

Abbildung 3

Zusammenhang zwischen finanzieller Entwicklung und Bruttoinlandsprodukt

Finanzielle Entwicklung gemessen am Kreditquotient; BIP pro Kopf und Jahr in tausenden US-Dollar



Quelle: Weltbank.

© DIW Berlin 2017

Finanzielle und ökonomische Entwicklung hängen zusammen.

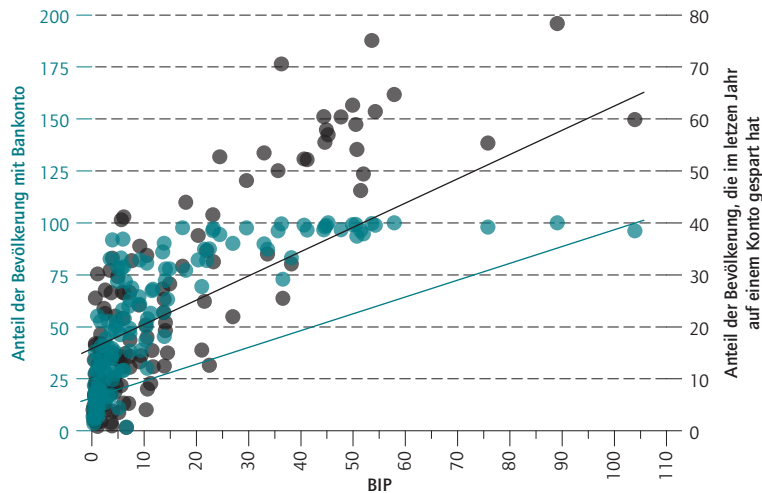
¹¹ Vgl. Leora Klapper et al. (2015), a. a. O.

¹² Vgl. Thorsten Beck, Asli Demirgüç-Kunt und Maria Soledad Martinez Peria (2007): Reaching out: Access to and use of banking services across countries, Journal of Financial Economics, 85, 234-266.

Abbildung 4

Zusammenhang zwischen finanzieller Inklusion und wirtschaftlicher Entwicklung

Bruttoinlandsprodukt pro Kopf und Jahr in tausenden US-Dollar



Quelle: Weltbank.

© DIW Berlin 2017

Finanzielle Inklusion ist höher in reicheren Ländern.

der Anteil der arbeitsfähigen Bevölkerung (der für sich genommen wiederum positiv die finanzielle Bildung bestimmt) und das Bildungsniveau in die Analyse ein; letzteres wird erfasst über die Anteile der Bevölkerung mit sekundärer und tertiärer Bildung. Diese Analyse wird nochmals um zwei Maße für die finanzielle Infrastruktur und zwei institutionelle Maße erweitert, die für die finanzielle Entwicklung sinnvolle Kontrollgrößen darstellen.¹³ Die Ergebnisse sind plausibel und zeigen die Wichtigkeit der Kontrolle für verschiedene statistisch signifikante Einflussfaktoren. Vor allem aber bestätigen alle Regressionen, dass finanzielle Bildung einen eigenständigen Beitrag leistet, der über die anderen bekannten Einflussgrößen hinausgeht.

Die dargestellten grundsätzlichen Zusammenhänge gelten auch für andere Maße finanzieller Inklusion. Als weiteres Maß für den „Zugang zu Finanzdienstleistungen“ (access to finance) wird der Anteil der Personen genutzt, die eine Debitkarte (vergleichbar einer ec-Karte) besitzen

(Tabelle 2). Als Maße für die „Nutzung von Finanzdienstleistungen“ (use of financial services) wird der Anteil derjenigen genommen, die bei einer formalen Finanzinstitution tatsächlich im letzten Jahr gespart haben, und der Anteil derjenigen, die ihre Debitkarte im letzten Jahr eingesetzt haben.

In allen Fällen bleibt das Pro-Kopf-Einkommen eine signifikante Einflussgröße. Weiterhin spielt die Finanzinfrastruktur eine eigene Rolle, da der geschätzte Effekt des Kreditquotienten meist positiv signifikant ist und auch die Zweigstellendichte der Banken (als weiteres Maß für finanzielle Infrastruktur) diesen Zusammenhang aufweist. Schließlich ist in Ländern, in denen leichter Geschäfte gemacht werden können, auch der Zugang zu Finanzdienstleistungen signifikant einfacher.¹⁴ Damit ist festzuhalten, dass finanzielle Inklusion durch drei bereits aus der Literatur bekannte und eine neue Größe positiv beeinflusst wird: Erstens ist der Zusammenhang mit dem Pro-Kopf-Einkommen zu nennen, zweitens spielen geeignete Rahmenbedingungen eine hilfreiche Rolle (Geschäftsbedingungen), drittens ist die finanzielle Infrastruktur sehr wichtig und viertens weist auch Finanzbildung einen positiven Zusammenhang auf. Der vierte Punkt ist dabei neu in der Länderanalyse.

Finanzielle Bildung und finanzielle Infrastruktur können sich sogar gegenseitig verstärken

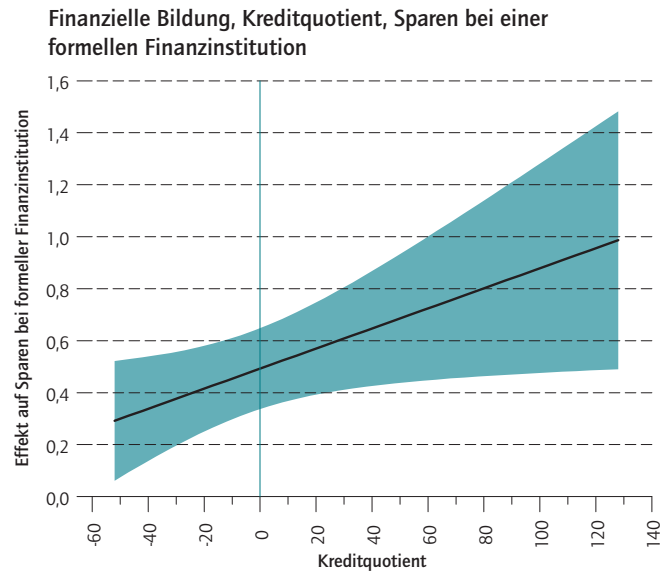
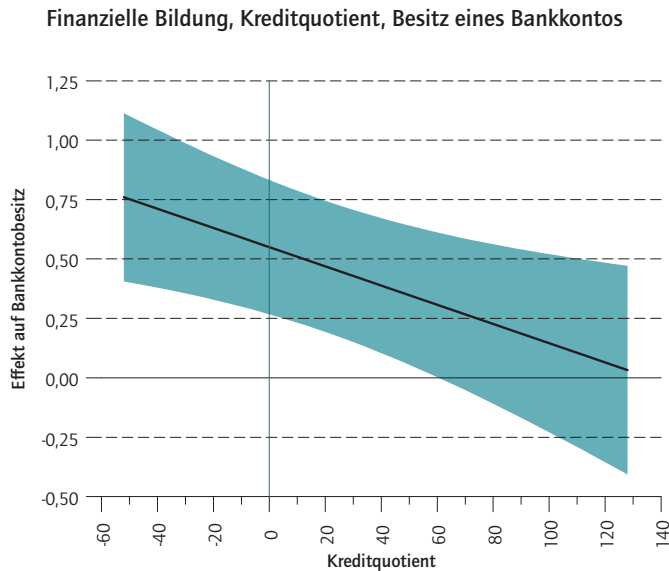
Aus Sicht der Wirtschaftspolitik wirft das oben dargestellte Ergebnis die Frage auf, wie sich die bisher präferierte Politik des Ausbaus finanzieller Infrastruktur und die Förderung finanzieller Bildung zueinander verhalten. Ist finanzielle Bildung vielleicht ein Luxus, den man sich leisten kann, der aber finanzielle Inklusion nur dann fördert, wenn schon eine gute Infrastruktur besteht? Oder ist Bildung im Gegenteil sogar unverzichtbar für finanzielle und wirtschaftliche Entwicklung? Zur Analyse dieser Fragen werden die Regressionen um einen Interaktionsterm zwischen dem Kreditquotienten und dem Maß finanzieller Bildung ergänzt (Tabelle 2). Da dies für alle vier Maße finanzieller Inklusion gemacht wird, ergeben sich vier Terme, deren geschätzter Einfluss interessanterweise nicht identisch sind. Insofern gibt es unterschiedliche Zusammenspiele von Infrastruktur und Bildung, die von dem für finanzielle Inklusion betrachteten Maß abhängig sind.

Beim einfachsten Maß finanzieller Inklusion, der Kontoverfügbarkeit, ist der fragliche Effekt negativ und sta-

¹³ Vgl. Franklin Allen, Asli Demircig-Kunt, Leora Klapper und Maria Soledad Martinez Peria (2016): The foundations of financial inclusion: Understanding ownership and use of formal accounts, *Journal of Financial Intermediation*, 27, 1–30.

¹⁴ Der Index „Ease of doing business“ wird für kleinere Werte besser, so dass ein negativer Effekt in der Schätzung zeigt, dass bessere Geschäftsbedingungen mit höherer Inklusion verbunden sind.

Abbildung 5

Finanzielle Bildung bei unterschiedlichen Kreditquotienten

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Der Effekt von finanzieller Bildung ist unterschiedlich bei verschiedenen Niveaus der finanziellen Entwicklung.

tistisch signifikant. Dies deutet darauf hin, dass der Einfluss der Bildung mit verbesserter Infrastruktur kleiner wird. In diesem Sinne können aus wirtschaftspolitischer Sicht die Investitionen in Infrastruktur die finanzielle Bildung ersetzen. Dies verdeutlicht auch der geschätzte Effekt von zusätzlicher Finanzbildung auf Inklusion in Abhängigkeit vom Niveau des Kreditquotienten als Maß finanzieller Infrastruktur (Abbildung 5). Man erkennt anhand des Konfidenzbandes, welches die Unsicherheit der Schätzung anzeigt, dass finanzielle Bildung bei einem weit überdurchschnittlichen Kreditquotienten keinen signifikanten Einfluss mehr hat.

Im Gegensatz dazu besteht der Zusammenhang zwischen Finanzbildung und Infrastruktur, wenn es um die Nutzung von Sparkonten geht, genau anders herum: Der Effekt des Interaktionsterms in der Regression ist positiv, das heißt der Einfluss der Finanzbildung steigt mit dem Kreditquotienten (Abbildung 5). Ferner ist der Zusammenhang über alle Niveaus finanzieller Infrastruktur hinweg signifikant. Dies bedeutet, dass mehr finanzielle Bildung die erwünschte Wirkung der Infrastruktur sogar verstärkt. Noch pointierter formuliert kann man vermuten, dass finanzielle Bildung notwendig ist, um die finanzielle Infrastruktur auch wirklich nutzen zu können.

Dieses Bild wird von weiteren Ergebnissen abgerundet, die hier nicht mehr im Detail beschrieben werden:¹⁵ Der Effekt des Interaktionsterms ist für das anspruchsvollere Produkt der Debitkarten positiv, aber insignifikant, und für die Nutzung von Debitkarten positiv und signifikant. Bei einer Wiederholung dieser Art von Untersuchung, aber nun für Pro-Kopf-Einkommen (statt Kreditquotient) als Maß finanzieller Entwicklung, wird das Bild qualitativ bestätigt. Nimmt man hingegen Zweigstellendichte statt Kreditquotient als Maß finanzieller Infrastruktur, gibt es hier keinen robusten Zusammenhang. Dies alles passt in das Bild, dass finanzielle Bildung bei niedrigeren ökonomischen und finanziellen Entwicklungsniveaus eher unabhängig von Infrastruktur eine Wirkung hat, aber bei höherem Entwicklungsniveau eine kritische Größe darstellt, um die verfügbare Infrastruktur (hinsichtlich des Inklusionsziels) zur Geltung zu bringen.

¹⁵ Vgl. dazu Antonia Grohmann et al. (2017), a. a. O.

Tabelle 2

Finanzielle Inklusion und finanzielle Bildung

	1	2	3	4	5	6
	Kontobesitz	Kontobesitz	Kontobesitz	Bankkartenbesitz	Spart bei formeller Finanzinstitution	Hat Bankkarte im letzten Jahr benutzt
	OLS	OLS	OLS	OLS	OLS	OLS
Finanzielle Bildung	1,444*** (0,101)	0,712*** (0,143)	0,511*** (0,140)	0,518*** (0,154)	0,529*** (0,086)	0,687*** (0,155)
BIP pro Kopf		15,418*** (2,414)	13,223*** (2,798)	13,943*** (2,550)	6,238*** (1,518)	12,207*** (2,391)
Bevölkerung zwischen 15 und 64		0,277 (0,389)	-0,239 (0,342)	-0,482 (0,305)	-0,616*** (0,217)	-0,719** (0,301)
Anteil mit höherer Schulbildung		-0,007 (0,108)	0,018 (0,106)	0,028 (0,102)	-0,053 (0,068)	-0,031 (0,094)
Universitätsabschluss		0,050 (0,145)	-0,151 (0,137)	0,031 (0,150)	0,026 (0,107)	0,241* (0,142)
Kreditquotient			0,130*** (0,031)	0,093** (0,044)	0,114** (0,045)	0,046 (0,041)
Zweigstellendichte 1000 km ²			0,058*** (0,017)	0,034** (0,017)	0,033* (0,018)	0,029 (0,018)
Stärke des gesetzlichen Rechts			0,309 (0,542)	-0,002 (0,509)	0,146 (0,410)	0,332 (0,498)
Leichtigkeit der Geschäftstätigkeit			-0,102** (0,049)	-0,105* (0,053)	-0,030 (0,040)	-0,074 (0,059)
Konstante	1,38 (4,318)	-132,72*** (16,349)	-71,89*** (25,653)	-77,52*** (24,802)	-18,961 (19,067)	-65,957** (29,774)
R ²	0,424	0,741	0,803	0,816	0,737	0,779
Observations	140	136	119	119	119	119

Anmerkung: Die Sternchen zeigen einen signifikanten Zusammenhang an.

Quelle: Eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Länder mit einem höheren Grad der finanziellen Bildung haben auch ein höheres Niveau der finanziellen Inklusion.

Finanzielle Bildung hat einen ursächlich positiven Einfluss auf finanzielle Inklusion

Während bisher der Einfluss von finanzieller Bildung und der Kontrollgrößen auf finanzielle Inklusion meist als Korrelation diskutiert wurde, so interessiert doch der Wirkungszusammenhang. Hierzu kann man auf drei Weisen vorgehen:

- Aufnahme relevanter Kontrollgrößen,
- Evidenz aus Experimenten und
- Schätzung unter Nutzung von Zufallsvariation.

Erstens kann man argumentieren, dass bei Berücksichtigung der relevanten konkurrierenden Determinanten, der Einfluss von Finanzbildung kausal ist und nicht über

andere Kanäle läuft (Tabelle 2). Allerdings kann es auch einen umgekehrten Einfluss der Entwicklung sowohl auf finanzielle Inklusion als auch auf Finanzbildung geben. Diese Möglichkeit mag weniger plausibel oder relevant sein, doch ausschließen kann man sie nicht. Insofern sind weitere Argumente hilfreich.

Zweitens gibt es in der Literatur Evidenz dafür, dass höhere Finanzbildung zu besserem Zugang und zu besserer Nutzung von Finanzdienstleistungen führt. Verschiedene Studien haben gezeigt, dass Finanztrainings, die die finanzielle Bildung erhöhen, dazu führen können, dass mehr Menschen ein Konto halten¹⁶ oder mehr

¹⁶ Vgl. Shawn Cole, Thomas Sampson und Bilal Zia (2011): Price or knowledge? What drives demand for bank accounts in emerging markets? Journal of

sparen.¹⁷ Dies weist darauf hin, dass der Zusammenhang zwischen finanzieller Bildung und finanzieller Inklusion kausal ist und in die erwartete Richtung verläuft.

Drittens kann man in einer Schätzung Zufallsvariation nutzen, um auszuschließen, dass die oben beschriebenen Ergebnisse sich aus unbeobachteten Faktoren (wie beispielsweise der sozialen Schicht), aus Messfehlern in der Finanzbildungsvariable oder aus umgekehrter Kausalität (das heißt aus einem Effekt der finanziellen Inklusion auf die Finanzbildung) ergeben. Im vorliegenden Fall lässt sich die Qualität der numerischen Grundschulbildung in einem Land als Zufallsvariation nutzen.¹⁸ Dies ist möglich, da gute numerische Fähigkeiten benötigt werden, um auch eine gute Finanzbildung zu haben. Gleichzeitig kann man annehmen, dass es keinen direkten Einfluss von den Erfolgen des Matheunterrichts auf die finanzielle Inklusion gibt. Die Ergebnisse dieser Studie bestätigen die oben beschriebenen Resultate.

Schlussfolgerungen

Die vorliegende Studie zeigt, dass ein hoher Grad der finanziellen Bildung der Bevölkerung die finanzielle Inklusion in einem Land fördert. Dieser Einfluss ist statistisch robust und geht insbesondere über den Effekt hinaus, den eine gut entwickelte finanzielle Infrastruktur hat. Zudem wird hier gezeigt, dass finanzielle Bildung den Effekt einer guten finanziellen Infrastruktur verstärkt, wenn man die Nutzung von Finanzprodukten betrachtet. In Ländern mit einer weniger entwickelten finanziellen Infrastruktur kann finanzielle Bildung den Zugang zu Finanzprodukten stärken.

Eine auf die finanzielle Inklusion abzielende Wirtschaftspolitik sollte deshalb prüfen, das Niveau der finanziellen Bildung in einem Land zu erhöhen und sich nicht nur auf die Ausweitung der finanziellen Infrastruktur konzentrieren. Vorteilhaftere Effekte ergeben sich in unterschiedlicher Weise sowohl für ärmere als auch reichere Länder.

Finance, 66, 1933–1967.

17 Vgl. Doi Yoko, David McKenzie und Bilal Zia (2014): Who you train matters: Identifying combined effects of financial education on migrant households, *Journal of Development Economics*, 109, 39–55.

18 Vgl. Noam Angrist, Harry Anthony Patrinos und Martin Schlotter (2013): An expansion of a global data set on educational quality, *World Bank Policy Research Paper No. 6536*.

Antonia Grohmann ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | agrohmann@diw-berlin.de

Lukas Menkhoff ist Leiter der Abteilung Weltwirtschaft am DIW Berlin | lmengkho@diw-berlin.de

JEL: G2, O1, D14

Keywords: financial inclusion, financial literacy, financial institutions

This report is also available in an English version as DIW Economic Bulletin 41/2017:

www.diw.de/econbull



Studentische Erwerbstätigkeit: Elternhaus spielt bei Wahl des Studentenjobs eine Rolle

Von Mila Staneva

Studentinnen und Studenten, die nebenbei erwerbstätig sind, haben häufig nicht nur finanzielle Motive. Studienorientierte und qualifizierte Tätigkeiten bieten die Möglichkeit, praktische Erfahrungen zu sammeln und frühzeitig Kontakt zum Wunscharbeitgeber zu knüpfen. Das könnte beim späteren Eintritt in den Arbeitsmarkt vorteilhaft sein. Umso wichtiger erscheint die Frage, ob die Art des Studentenjobs mit dem sozioökonomischen Hintergrund der Studierenden zusammenhängt. Die vorliegende Studie zeigt, dass es solche herkunftsbedingten Unterschiede zwar gibt, diese aber moderat sind. So haben Studierende mit Akademikereltern im Vergleich zu KommilitonInnen mit Eltern ohne Hochschulabschluss einen um fünf bis sechs Prozentpunkte geringeren Anteil an einfachen Studentenjobs. Diese Unterschiede lassen im Studienverlauf nicht nach und sind in Fächern, in denen die Studierenden konkreter auf einen Beruf zusteuern, dazu zählen etwa Medizin, Jura oder Lehramt, insgesamt stärker ausgeprägt. Mit Blick auf besser qualifizierte und studienorientierte Studentenjobs sind die Unterschiede nach Bildungsherkunft allerdings sehr klein. Das hängt unter anderem damit zusammen, dass Studierende aus nichtakademischen Familien häufiger eine berufliche Ausbildung absolviert haben und schon vor dem Start des Studiums eher Berufserfahrung gesammelt haben. Diese Faktoren hängen mit einer höheren Wahrscheinlichkeit für einen „guten“ Studentenjob zusammen und wirken dementsprechend sozialen Unterschieden entgegen.

Viele Studierende gehen neben ihrem Studium einer Erwerbstätigkeit nach. Im Jahr 2016 waren es 68 Prozent – ein Anteil, der seit 2012 um sechs Prozentpunkte gestiegen ist. Dies belegen Daten der 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks, der größten bundesweiten Befragung von Studierenden in Deutschland.¹ Möglicherweise sind steigende Mietpreise und Lebenshaltungskosten, besonders in den Großstädten, mit für diese Entwicklung verantwortlich.² Allerdings sollte die Finanzierung des Lebensunterhalts nicht das einzige Motiv für die Aufnahme einer Tätigkeit im Studium sein. Neben einem Einkommen bieten bestimmte Nebenjobs die Möglichkeit, studienrelevante Praxiserfahrung zu sammeln und Kontakte in die Arbeitswelt zu knüpfen. Dies könnte die Arbeitsmarktchancen nach dem Studium verbessern.

Hinweise darauf, dass eine studentische Erwerbstätigkeit oft zur Verbesserung der Erwerbsaussichten nach dem Studium aufgenommen wird, liefern die Studierenden selbst: 53 Prozent nennen „die Sammlung praktischer Erfahrungen“ als einen Grund für ihren Studentenjob. „Das Knüpfen von Kontakten für eine spätere Beschäftigung“ geben 36 Prozent als ein Motiv an.³

Tatsächlich lassen einige wenige wissenschaftliche Studien vermuten, dass eine studentische Erwerbstätigkeit den Berufseinstieg fördern kann. Dabei wird anhand von Daten aus Deutschland⁴, aber auch aus der Schweiz⁵

¹ Vgl. Elke Middendorff et al. (2017): Die wirtschaftliche und soziale Lage der Studierenden in Deutschland 2016. 21. Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks – durchgeführt vom Deutschen Zentrum für Hochschul- und Wissenschaftsforschung. Bundesministerium für Bildung und Forschung (online verfügbar, abgerufen am 4. Oktober 2017. Dies gilt auch für alle anderen Online-Quellen dieses Berichts, sofern nicht anders vermerkt).

² Vgl. Felix Bauer (2017): IW-DREF-Studentenwohnpreisindex. Aktualisierte Ergebnisse für das 1. Halbjahr 2017. Gutachten. Institut der deutschen Wirtschaft Köln (online verfügbar).

³ Vgl. Middendorff et al. (2017), a. a. O.

⁴ Vgl. Felix Weiss, Markus Klein und Thomas Grauenhorst (2014): The Effects of Work Experience during Higher Education on Labour Market Entry: Learning by Doing or an Entry Ticket?, *Work, employment and Society*, 28 (5), 788-807.

⁵ Vgl. Axel Franzen und Anna Hecken (2002): Studienmotivation, Erwerbspartizipation und der Einstieg in den Arbeitsmarkt. *Kölner Zeitschrift für Sozio-*

und sechs mittel- und osteuropäischen Ländern⁶ gezeigt, dass vor allem fachorientierte Nebenjobs im Studium mit einem schnelleren Übergang in die erste Beschäftigung nach dem Abschluss zusammenhängen. Zudem gehen solche studienbezogenen Erwerbstätigkeiten mit einem geringeren Risiko einher, nach dem Studium arbeitslos zu sein.⁷ Die Chancen auf einen hoch qualifizierten ersten Job⁸ und ein größeres Einstiegsgehalt sind höher.⁹ Aufgrund methodischer Schwierigkeiten können diese Zusammenhänge allerdings nicht immer eindeutig als kausale Wirkungszusammenhänge interpretiert werden.

Obwohl die Erwerbstätigkeit von StudentInnen offenbar kein seltenes Phänomen ist, wurde bisher kaum untersucht, welche Faktoren die Aufnahme eines Nebenjobs im Studium beeinflussen. Noch weniger bekannt ist, welche Faktoren mit der Ausübung eines „guten Jobs“, also mit Bezug zum Studium und hohen Qualifikationsanforderungen, zusammenhängen.

Sozialerhebung liefert erste Hinweise auf sozioökonomische Unterschiede in der studentischen Erwerbstätigkeit

Die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks aus dem Jahr 2016 liefert einen Überblick darüber, welche soziodemografischen und Studienmerkmale mit der Erwerbsbeteiligung im Studium zusammenhängen.¹⁰ Demnach war die studentische Erwerbsbeteiligung im Jahr 2016 in Westdeutschland um fünf Prozentpunkte höher als in Ostdeutschland, an Universitäten um vier Prozentpunkte höher als an Fachhochschulen und im Masterstudium um elf Prozentpunkte höher als im Bachelorstudium. Studentinnen und ältere Studierende arbeiten häufiger. Auch die Bildungsherkunft spielt eine Rolle: Studierende mit Akademikereltern (64 Prozent) sind seltener erwerbstätig als Studierende, deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben (69 Prozent).

Die Sozialerhebung ist eine der wenigen bundesweiten Befragungen, die auch den Typ der studentischen Erwerbstätigkeit erfasst. Auch hier sind sozioökonomisch

bedingte Unterschiede zu beobachten. Unter erwerbstätigen Studierenden haben solche aus akademischen Familien häufiger eine studentische oder wissenschaftliche Hilfskraftstelle (36 Prozent) als StudentInnen mit Eltern ohne Hochschulbildung (29 Prozent). Sie üben seltener eine einfache Tätigkeit aus (34 Prozent), beispielsweise als Aushilfe in einer Fabrik oder einer Gaststätte, als Studierende, deren Eltern keinen Hochschulabschluss haben (41 Prozent).

Dass die Erwerbsbeteiligung von Studierenden mit ihrem sozialen Hintergrund variiert, ist wenig überraschend, da die Notwendigkeit der eigenen Studienfinanzierung durch einen Nebenjob mit dem Einkommen der Eltern zusammenhängt. Dass jedoch auch die Art der Beschäftigung mit dem sozialen Hintergrund zusammenhängt, liegt zunächst nicht auf der Hand. Es stellt sich daher die Frage, welche zusätzlichen Merkmale der Studierenden diesen Unterschieden zugrunde liegen. Eine weitere Frage ist, ob Herkunftsunterschiede im Laufe des Studiums zu- oder abnehmen. Dazu liefert die Sozialerhebung des Deutschen Studentenwerks keine Informationen, da über die Zeit nicht immer wieder dieselben Studierenden befragt werden. Weitgehend unbekannt ist auch, ob sozioökonomische Unterschiede in der studentischen Erwerbstätigkeit je nach Studienfach unterschiedlich stark ausgeprägt sind.

Wenn der vielfach belegte Zusammenhang zwischen sozioökonomischem Hintergrund und akademischen Leistungen berücksichtigt wird, ist zu vermuten, dass die besseren Chancen von Studierenden aus bildungsnahen Familien auf einen „besseren“ Studentenjob mit ihren im Durchschnitt besseren Studienleistungen zusammenhängen. Andererseits ist bekannt, dass sozioökonomisch schlechter gestellte Studierende ein Studium häufiger nach einer bereits abgeschlossenen Berufsausbildung aufnehmen.¹¹ Es ist auch wahrscheinlich, dass sie mehr Arbeitsmarkterfahrung mitbringen. Dies könnte ihre Chancen auf eine, wenn auch nicht studienbezogene, aber doch höher qualifizierte studentische Stelle verbessern.

Neben unterschiedlichen Leistungen und Qualifikationen könnten auch sozioökonomische Unterschiede bei beruflichen Zielen und Motivationen eine Rolle spielen. So ist es möglich, dass Studierende mit einem höheren sozialen Status höhere berufliche Ziele haben und daher stärker motiviert sind, durch einen Nebenjob die Chancen auf eine hohe berufliche Stellung nach dem Studienabschluss zu verbessern. Diese Motivation kann auch vom studierten Fach abhängen. Im Vergleich zu

logie und Sozialpsychologie, 54 (4), 733-752.

⁶ Vgl. Peter Robert und Ellu Saar (2012): Learning and Working: The Impact of the "Double Status Position" on the Labour Market Entry Process of Graduates in CEE Countries. *European Sociological Review*, 28 (6), 742-754.

⁷ Vgl. Regula Geel und Uschi Backes-Gellner (2012): Earning While Learning: When and How Student Employment is Beneficial. *Labour*, 26 (3), 313-340; Giampiero Passaretta und Moris Triventi (2015): Work Experience during Higher Education and Post-Graduation Occupational Outcomes: A comparative study on four European Countries. *International Journal of Comparative Sociology*, 56 (3-4), 232-253.

⁸ Vgl. Robert und Saar (2012), a. a. O.

⁹ Vgl. Franzen und Hecken (2002), a. a. O.; Passaretta und Triventi (2015), a. a. O.

¹⁰ Vgl. Middendorff et al. (2017), a. a. O.

¹¹ Vgl. Middendorff et al. (2017), a. a. O.

Medizin, Jura, Ingenieur- und Naturwissenschaften oder dem Lehramt zielen Fächer aus den Bereichen der Geistes-, Sozial- und Wirtschaftswissenschaften weniger auf konkrete Berufe ab. Der Übergang in den Arbeitsmarkt nach einem solchen Abschluss ist oft länger und turbulenter.¹² Gute Nebenjobs sollten in diesen Disziplinen besonders attraktiv sein, weil sie konkrete Fähigkeiten signalisieren und damit den weniger deutlichen Berufsbezug des Studiengangs kompensieren können. Sozioökonomisch besser gestellte Studierende dieser Fächer könnten deshalb besonders motiviert sein, einem studienorientierten Nebenjob nachzugehen.

DIW-Studie analysiert repräsentative Daten zur Erwerbsbeteiligung einer Studierendenkohorte

In einem ersten Schritt beschreibt der vorliegende Bericht die Erwerbsbeteiligung von Studierenden nach ihrer Bildungsherkunft im Studienverlauf. In einem zweiten Schritt steht die Frage im Vordergrund, wie verschiedene Faktoren, etwa Studienleistungen oder frühere Arbeitserfahrung, mit der Art der studentischen Beschäftigung zusammenhängen und wie dies sozioökonomische Unterschiede erklärt.

Diese Analysen stellen hohe Anforderungen an den verwendeten Datensatz: Erstens sind neben detaillierten Informationen zu den Studierenden genaue Angaben zur Art ihrer Erwerbstätigkeit erforderlich, zweitens sollte der Datensatz eine Längsschnittbetrachtung, also eine Untersuchung derselben Personen über mehrere Jahre hinweg, ermöglichen und drittens sollte er bundesweit repräsentativ sein. Mit den Daten des Nationalen Bildungspanels (NEPS) und der Teilstudie *Startkohorte Studierende* liegt ein solcher Datensatz vor (Kasten). Analysiert werden die Angaben einer Studierendenkohorte, die ihr Erststudium im Herbst 2010 aufnahm. Die Studierenden können über einen Zeitraum von maximal dreieinhalb Jahren beobachtet werden. Damit deckt das Beobachtungsfenster die Bachelor-Studienphase ab, sofern sich die Studierenden im Bachelor-Master-System befinden.

Die gesamte Erwerbsbiografie der Studierenden mit detaillierten Angaben zur Art der Beschäftigung liegt auf Monatsebene vor, sowohl für die Zeit vor als auch während des Studiums. Auf Basis dieser Informationen wird der Erwerbsstatus in jedem einzelnen Monat des Studiums ermittelt: nicht erwerbstätig, nicht qualifi-

zierte Erwerbstätigkeit, höher qualifizierte Erwerbstätigkeit ohne Studienbezug und höher qualifizierte Erwerbstätigkeit mit Studienbezug. Studentenpraktika zählen nicht zur studentischen Erwerbstätigkeit. Das Qualifikationsniveau der Tätigkeit wird auf Basis eines standardisierten Klassifikationsschemas der Berufe (EGP) erstellt (Kasten). Der Studienbezug wird anhand einer direkten Frage an die Studierenden ermittelt: „In welchem Maße hat diese Erwerbstätigkeit fachlich, inhaltlich etwas mit Ihrem Studium zu tun?“. Die Antwortkategorien „in mittlerem Maße“, „in starkem Maße“ und „in sehr starkem Maße“ stehen für einen studienbezogenen Job, die Kategorien „in sehr geringem Maße“ und „in geringem Maße“ zeigen an, dass es keinen Bezug der Erwerbstätigkeit zum Studium gibt. Die Daten ergeben, dass die wenig qualifizierten Jobs in der Regel nicht studienbezogen sind.

Erwerbsbeteiligung und Art des Studentenjobs variieren mit der Bildungsherkunft der Studierenden

Um der Frage nachzugehen, wie sich sozioökonomische Unterschiede in der studentischen Erwerbsbeteiligung über die Zeit entwickeln, wird der Erwerbsstatus von Studierenden mit unterschiedlicher Bildungsherkunft über einen Zeitraum von dreieinhalb Jahren beziehungsweise 42 Monaten nach Studienbeginn betrachtet. Dabei werden drei Gruppen unterschieden: Studierende mit Eltern ohne Hochschulabschluss, Studierende mit einem Elternteil mit Hochschulabschluss und Studierende, deren Eltern beide einen akademischen Abschluss haben.

Zunächst wird deutlich, dass die Erwerbsbeteiligung der Studierenden im Studienverlauf zunimmt (Abbildung 1). Zu Beginn ist die große Mehrheit der Studierenden nicht erwerbstätig. In der ersten Hälfte des vierten Studienjahres hat mit 55 Prozent dann aber mehr als die Hälfte einen Nebenjob. Am stärksten steigt dabei die studienbezogene Erwerbstätigkeit – von rund fünf Prozent zu Beginn des Studiums auf etwa 28 Prozent im vierten Jahr nach Beginn des Studiums.

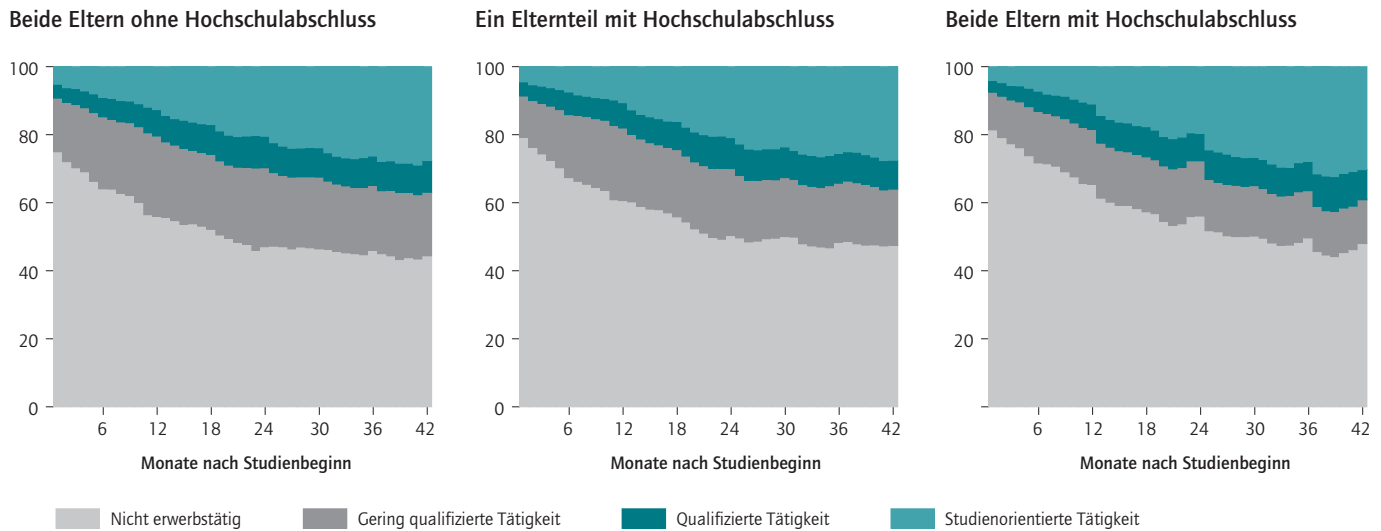
Mit Blick auf sozioökonomische Unterschiede bestätigen die Ergebnisse frühere Befunde, denen zufolge die Erwerbsbeteiligung der Studierenden mit ihrer Bildungsherkunft variiert. Allerdings zeigt sich, dass solche Unterschiede mit der Zeit abnehmen. So sind zu Beginn des Studiums 19 Prozent der Studierenden mit Akademikereltern und 21 Prozent der Studierenden mit nur einem Akademikerelternteil erwerbstätig. Unter Studierenden ohne Akademikereltern liegt dieser Anteil bei 25 Prozent und ist somit signifikant um sechs beziehungsweise vier Prozentpunkte höher. Ab dem zweiten Jahr reduzieren sich diese Unterschiede auf etwa zwei Prozentpunkte.

¹² Vgl. Susanne Falk und Maike Reimer (2007): Verschiedene Übergänge: der Berufseinstieg und „frühe“ Berufserfolg bayerischer Hochschulabsolventen. Beiträge zur Hochschulforschung, 1 (29), 34-70; Carroll Haak und Anika Rasner (2009): Search (f)or Work: Der Übergang vom Studium in den Beruf. Geisteswissenschaftler im interdisziplinären Vergleich. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 64, 1-24.

Abbildung 1

Erwerbsstatus der Studierenden im Studienverlauf und nach elterlichem Bildungshintergrund¹

Alle Fächer, Anteile in Prozent



¹ Anteil der nicht erwerbstätigen Studierenden und Anteile der Studierenden in verschiedenen Erwerbsarten in jedem Monat des Studiums. Angaben separat für drei sozioökonomische Gruppen: Studierende mit beiden Eltern ohne Hochschulabschluss, Studierende mit einem Elternteil mit Hochschulabschluss und Studierende mit beiden Eltern mit Hochschulabschluss. N = 11 433

Quellen: NEPS SC5 8-0-0 (gewichtet); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Studierende, deren Eltern beide keinen Hochschulabschluss haben, üben häufiger eine gering qualifizierte Tätigkeit aus im Vergleich zu Studierenden mit Akademiker-Eltern.

Unterschiede zwischen den Studentengruppen sind auch in der Art der Erwerbstätigkeit zu beobachten. Studierende, deren Eltern beide keinen Hochschulabschluss haben, sind über den gesamten Zeitraum häufiger in gering qualifizierten Jobs tätig als Studierende, deren Eltern beide einen akademischen Abschluss haben. Der Anteil derer, die einer qualifizierten Beschäftigung mit oder ohne Studienbezug nachgehen, ist hingegen in allen drei Gruppen ähnlich. Für Studierende mit Akademikereltern ist es allerdings nach dem zweiten Jahr um wenige Prozentpunkte wahrscheinlicher, einer studienbezogenen Erwerbstätigkeit nachzugehen. Betrachtet man nur die erwerbstätigen Studierenden, bestätigen sich die Befunde aus der Sozialerhebung: Studierende aus Akademikerfamilien haben im Vergleich zu Studierenden mit nur einem oder gar keinem Akademikereltern eine höhere Chance auf einen „guten“ Job. Das liegt vor allem daran, dass sie, absolut gesehen, seltener eine gering qualifizierte Tätigkeit ausüben und insgesamt häufiger nicht erwerbstätig sind.

Sozioökonomische Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung sind in berufsorientierten Fächern größer

Im Folgenden werden sozioökonomische Unterschiede im Erwerbsstatus der Studierenden für unterschiedliche Fächergruppen separat untersucht. Dabei werden die weniger berufsorientierten Fachrichtungen Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften von den Fachrichtungen mit stärkerem Berufsbezug unterschieden – Medizin, Jura, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften und Lehramt. Es fällt auf, dass besonders in den ersten zwei Jahren des Studiums die Erwerbsbeteiligung in den Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften insgesamt höher ist als bei den anderen Fächern (Abbildung 2). Das liegt in erster Linie an einem höheren Anteil derer, die einer gering qualifizierten Beschäftigung nachgehen.

Anders als zunächst vermutet sind sozioökonomische Unterschiede in der Art der Erwerbsbeteiligung in den weniger berufsorientierten Fächern schwächer ausgeprägt. So arbeiten Studierende mit unterschiedlichem

Kasten

Daten und Methodik

Die vorliegenden Analysen basieren auf Daten der Studie *Startkohorte Studierende* des Nationalen Bildungspanels (NEPS).¹ Das NEPS ist ein umfassendes bundesweites Projekt, das Längsschnittdaten zu Bildungsverläufen, Kompetenzentwicklungen, formalen und nichtformalen Bildungsprozessen über den gesamten Lebensverlauf erhebt. Es wird vom *Leibniz-Institut für Bildungsverläufe e.V. (LIbVi)* an der Otto-Friedrich-Universität Bamberg koordiniert.

Die Studie *Startkohorte Studierende* ist eine der sechs Wiederholungsbefragungen des NEPS. Dabei handelt es sich um ein laufendes Projekt, das mehr als 17 000 Studierende begleitet, die ihr Erststudium im Herbst 2010 aufgenommen haben. Die Studierenden werden durch ein mehrstufiges Stichprobenverfahren rekrutiert, bei welchem Hochschulen die Ausgangsbasis bilden und anschließend Erstsemesterstudierende innerhalb dieser Hochschulen befragt werden. Durch die Nutzung entsprechender Gewichte wird die Gesamtheit der StudienanfängerInnen im Wintersemester 2010/11 nachgebildet.

Alle Studierenden werden zwei Mal im Jahr befragt, das erste Mal im Jahr 2011. In der ersten Jahreshälfte finden jeweils umfangreiche computergestützte Telefoninterviews statt, die unter anderem detaillierte retrospektive und prospektive Informationen zur gesamten Bildungs- und Erwerbsbiografie der Studierenden erheben. In der ersten solchen Befragung werden darüber hinaus diverse soziodemografische Merkmale wie die elterliche Bildung oder der Migrationshintergrund einmalig erfasst. Zum Jahresende werden jeweils kleinere Online-Befragungen durchgeführt, die unter anderem Informationen zu den Studienleistungen und den zur Verfügung stehenden finanziellen Mitteln erheben.

Die hier verwendete Stichprobe bezieht sich nur auf Studierende, die an Universitäten oder Fachhochschulen eingeschrieben sind. Studierende an Berufsakademien, im dualen, berufsbegleitenden oder Fernstudium berücksichtigt die Analyse nicht. Alle Studierenden werden maximal dreieinhalb Jahre und höchstens bis zum Erreichen ihres ersten berufsqualifizierenden Hochschulabschlusses beobachtet. StudienabbrecherInnen sind dabei bis zum Studienabbruch Teil der Stichprobe. Falls sie danach ein neues Studium an einer Universität oder Fachhochschule aufnehmen, werden sie weiterhin beobachtet. Die Analysestichprobe umfasst insgesamt 11 433 Personen.

Die Daten erlauben, dass der Erwerbsstatus der Studierenden monatsgenau abgebildet wird. Die Art der Tätigkeit wird im NEPS mit den folgenden Kategorien erfasst:

- 1 = Stelle als studentische Hilfskraft in einer Firma
- 2 = Stelle als studentische Hilfskraft an einer Hochschule
- 3 = Nachhilfeunterricht
- 4 = Aushilfstätigkeit (beispielsweise in einer Fabrik, Kneipe oder in einem Büro)
- 5 = nicht selbständige berufliche Tätigkeit
- 6 = freiberufliche Tätigkeit

7 = selbständige Tätigkeit im eigenen Unternehmen

8 = eine andere Art von Tätigkeit

Für die vierte bis achte Kategorie wird die genaue Berufsbezeichnung erfragt und auf dieser Basis ein standardisiertes Klassifikationsschema der Berufe (EGP) erstellt.² Dieses Schema bietet eine hierarchische Klassifizierung beruflicher Tätigkeiten, die sich am Qualifikationsniveau orientiert. Fällt die Tätigkeit in die erste bis dritte Kategorie, wird sie als qualifizierte Tätigkeit eingestuft. Zu den qualifizierten Tätigkeiten zählen weiterhin Studentenjobs, die in die EGP-Kategorien „Erwerbstätigkeit in der oberen oder unteren Dienstklasse mit hohen Qualifikationen“ und „Erwerbstätigkeit in der ausführenden nichtmanuellen Klasse mit beschränkten Entscheidungsbefugnissen“ fallen. Die gering qualifizierten Tätigkeiten umfassen Erwerbstätige in den EGP-Kategorien „Angestellte der ausführenden nichtmanuellen Klasse mit gering qualifizierten Routinetätigkeiten“, „un- und angelernte Erwerbstätige“ sowie „Erwerbstätige in der Landwirtschaft und Fischerei“. Innerhalb der qualifizierten Tätigkeiten wird zwischen Jobs mit und ohne Studienbezug unterschieden, indem direkte Angaben der Studierenden zur fachlichen Nähe ihrer Tätigkeit verwendet werden.

Erklärungsfaktoren, die in den multivariaten Analysen berücksichtigt werden, beziehen sich meist auf den Zeitpunkt der ersten Befragung. Ein Beispiel dafür sind die beruflichen Ziele, die nur einmalig erhoben werden. Faktoren, die in den Online-Befragungen wiederholt erfasst werden, etwa die bisher erreichte Durchschnittsnote, Geldleistungen der Eltern, der Bezug von BAföG, die Zahlung von Studiengebühren und die Wohnungsart, variieren dagegen von Jahr zu Jahr. Schließlich liegen über die Anzahl der Kinder und den Familienstand monatsgenaue Angaben vor. An dieser Stelle ist zu bemerken, dass manche Einflussfaktoren – in erster Linie die Geldleistungen der Familie und der Bezug von BAföG, selbst von der Erwerbstätigkeit der Studierenden beeinflusst werden können. So könnten Eltern weniger Geld zur Verfügung stellen, wenn die Studierenden erwerbstätig sind und eigenes Geld verdienen. Auch das BAföG kann gekürzt oder gestrichen werden. Bei der Interpretation der Einflüsse muss das berücksichtigt werden.

Methodik

Im ersten Teil der Studie werden Verläufe des studentischen Erwerbsstatus nach Bildungsherkunft und Fachrichtung miteinander verglichen. Im zweiten (multivariaten) Teil werden multinomiale logistische Regressionen geschätzt. Diese berechnen den Zusammenhang jeder darin enthaltenen Variablen mit der Wahrscheinlichkeit eines Erwerbstyps unter Berücksichtigung aller anderen Merkmale. Anschließend wird der Beitrag einzelner Merkmalsgruppen zur Erklärung der sozioökonomischen Unterschiede in den Erwerbstypen berechnet. In den Modellen berücksichtigen die Standardfehler serielle Korrelationen zwischen verschiedenen Beobachtungen derselben Person, die Standardfehler sind also auf Personenebene geclustert.

¹ Vgl. Hans-Peter Blossfeld, Hans-Günther Roßbach und Jutta von Maurice (Hrsg.) (2011): *Education as a Lifelong Process – The German National Educational Panel Study (NEPS)*. Zeitschrift für Erziehungswissenschaft: Sonderheft 14.

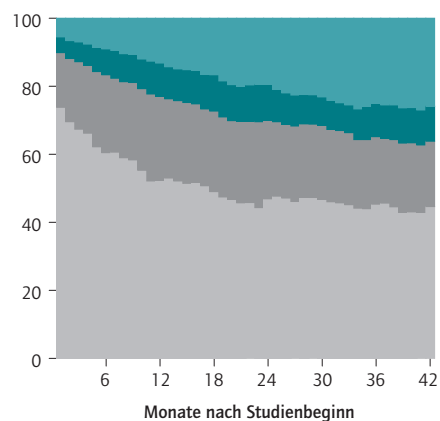
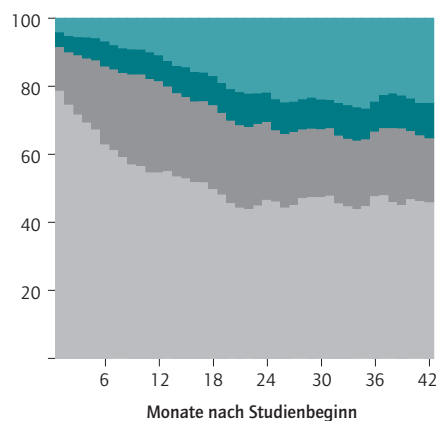
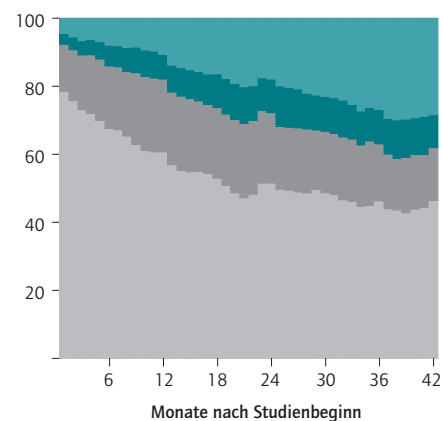
² Vgl. Hildegard Brauns, Susanne Steinmann und Dietmar Haun (2000): Die Konstruktion des Klassenschemas nach Erikson, Goldthorpe und Portocarero (EDP) am Beispiel nationaler Datenquellen aus Deutschland, Großbritannien und Frankreich. *ZUMA-Nachrichten* 46, 7-63.

Abbildung 2

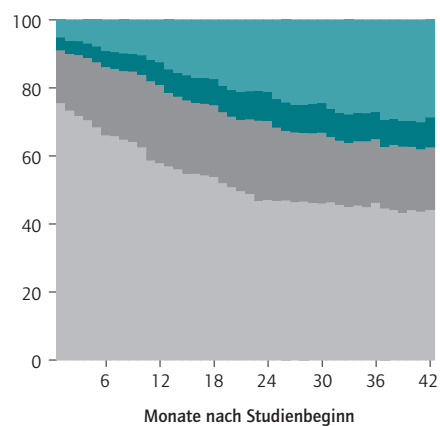
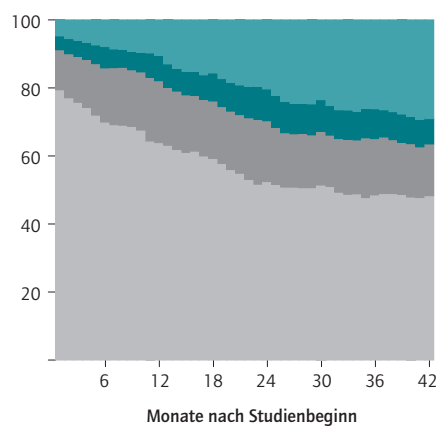
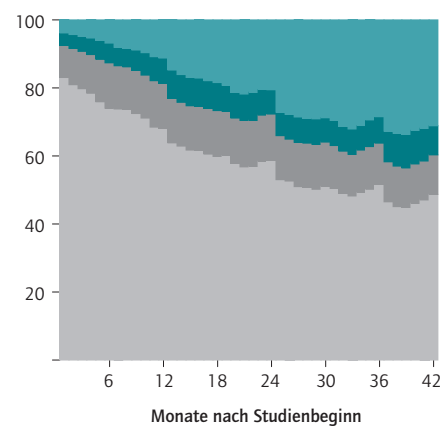
Erwerbsstatus der Studierenden unterschiedlicher Fächergruppen nach elterlichem Bildungshintergrund¹

Anteile in Prozent

Sozial-, Geistes-, Wirtschaftswissenschaften

Beide Eltern ohne Hochschulabschluss**Ein Elternteil mit Hochschulabschluss****Beide Eltern mit Hochschulabschluss**

Medizin, Jura, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften, Lehramt

Beide Eltern ohne Hochschulabschluss**Ein Elternteil mit Hochschulabschluss****Beide Eltern mit Hochschulabschluss**

■ Nicht erwerbstätig ■ Gering qualifizierte Tätigkeit ■ Qualifizierte Tätigkeit ■ Studienorientierte Tätigkeit

¹ Anteil der nicht erwerbstätigen Studierenden und Anteile der Studierenden in verschiedenen Erwerbsarten in jedem Monat des Studiums. Angaben separat für drei sozioökonomische Gruppen (Studierende mit beiden Eltern ohne Hochschulabschluss, Studierende mit einem Elternteil mit Hochschulabschluss und Studierende mit beiden Eltern mit Hochschulabschluss) und für zwei Fächergruppen (Sozial-, Geistes-, Wirtschaftswissenschaften sowie Medizin, Jura, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften, Lehramt). N = 11 433, davon 3 351 Studierende mit einem Fach im Bereich der Sozial-, Geistes- oder der Wirtschaftswissenschaften und 8 465 Studierende mit einem Fach im Bereich der Medizin, Jura, Ingenieurwissenschaften, Naturwissenschaften oder Lehramt.

Quellen: NEPS SC5 8-0-0 (gewichtet); eigene Berechnungen.

Sozioökonomische Unterschiede in der studentischen Erwerbstätigkeit sind bei den Sozial-, Geistes- und Wirtschaftswissenschaften schwächer ausgeprägt.

Bildungshintergrund der Eltern in diesen Fächern ungefähr gleichermaßen in Jobs mit höherem Qualifikationsniveau. Die Unterschiede in Bezug auf gering qualifizierte Erwerbstätigkeit sind vergleichsweise gering. Zu Beginn des Studiums haben Studierende mit Akademikereltern eine um zwei Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit (14 Prozent), in solchen Jobs tätig zu sein, als Studierende aus nichtakademischen Familien (16 Prozent). Am Ende des Beobachtungszeitraums beträgt dieser Unterschied drei Prozentpunkte (16 beziehungsweise 19 Prozent). Unter den Studierenden stärker berufsbezogener Fächer haben jene aus akademischen Familien nach dem zweiten Jahr hingegen einen um zwei bis fünf Prozentpunkte höheren Anteil in studienorientierten Nebenjobs. Gleichzeitig üben sie viel seltener einfache Jobs aus. In der Summe führt das dazu, dass Studierende mit zwei Akademikereltern insgesamt deutlich seltener während des Studiums erwerbstätig sind.

Viele Faktoren beeinflussen die studentische Beschäftigung

Weitergehende multivariate Analysen bestätigen die Vermutung, dass die finanziellen Ressourcen und die akademische Leistung sowie der Abschluss einer Berufsausbildung den Erwerbsstatus der Studierenden beeinflussen. Dabei werden alle Beobachtungsmonate zusammen betrachtet. Die Analysen zeigen, wie jedes Merkmal die Wahrscheinlichkeit für einen Erwerbstyp beeinflusst, unabhängig vom Einfluss der anderen Merkmale (Tabelle).

Wenn die Studierenden finanzielle Unterstützung in Form von Geldleistungen aus der Familie oder über das Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) bekommen, ist es wahrscheinlicher, dass sie nicht erwerbstätig sind. Das durchschnittliche Leistungsniveau während des Studiums hängt dagegen nur mit dem Typ der Erwerbstätigkeit zusammen. So ist es für Studierende mit schlechteren Leistungen im Vergleich zu Einser-Studierenden weniger wahrscheinlich, einen studienorientierten Job zu haben, und wahrscheinlicher, einen Job ohne Studienbezug zu haben. Unabhängig davon hat auch die Abiturnote einen Einfluss.

Die Erwerbsbeteiligung der Studierenden hängt stark mit dem Abschluss einer Berufsausbildung zusammen. So haben Studierende mit Berufsausbildung eine um etwa zwölf Prozentpunkte geringere Wahrscheinlichkeit, nicht erwerbstätig zu sein, und dafür eine höhere Wahrscheinlichkeit, einem qualifizierten Studentenjob mit oder ohne Studienbezug nachzugehen. Vor dem Studium gesammelte Erwerbserfahrung wirkt sich in die gleiche Richtung aus. Allerdings gehen Studierende, die Erwerbserfahrung in gering qualifizierten Jobs haben, eher auch während des Studiums einer einfachen Tätigkeit nach.

Dagegen ist es wahrscheinlicher, nicht erwerbstätig zu sein, wenn man bereits Praktika im Studium absolviert hat.

Einstellungen und berufliche Ziele spielen eine geringere Rolle. So gibt es keinen statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen den Berufswünschen der Studierenden und ihrer Erwerbsbeteiligung.¹³ Nur Studierende, die keinen Wunschberuf haben oder diesen nicht angeben, gehen seltener einem fachorientierten Job nach. Die Zeitorientierung, erfasst über die Frage „Wie oft denken Sie bereits heute darüber nach, was Sie nach dem Studium machen möchten?“, spielt demgegenüber eine größere Rolle. So üben Studierende, die angeben, oft darüber nachzudenken, wahrscheinlicher eine fachorientierte Tätigkeit aus. Das Gleiche gilt für Studierende, die glauben, dass die Aussichten auf einen guten Job mit einem Studium gut oder sehr gut sind. Dieser Befund könnte aber auch auf einen umgekehrten Wirkungszusammenhang zurückgehen: Möglicherweise sind Studierende in fachnahen Tätigkeiten gerade aufgrund ihres guten Nebenjobs optimistischer.

Sozioökonomische Unterschiede in der Erwerbstätigkeit hängen mit Studienleistungen und früherer Erwerbserfahrung zusammen

Bisher wurde gezeigt, dass diverse Merkmale mit der Erwerbsbeteiligung im Studium zusammenhängen. Wenn diese Merkmale in den verschiedenen sozioökonomischen Gruppen unterschiedlich stark ausgeprägt sind, könnte dies einen Teil der herkunftsspezifischen Unterschiede in der Erwerbstätigkeit erklären. So reduzieren sich die absoluten Unterschiede nach dem Bildungshintergrund der Eltern, wenn die zusätzlichen Einflussfaktoren berücksichtigt werden (Tabelle, erste Zeile).

Im Folgenden sollen nur die Unterschiede im Erwerbsstatus zwischen den zwei extremen Gruppen – Studierenden mit zwei Akademikereltern und Studierenden mit Nichtakademikereltern, im Fokus stehen (Abbildung 3). Dabei zeigt sich, dass der Unterschied zwischen den Studierenden in der Wahrscheinlichkeit, nicht erwerbstätig zu sein, zu knapp einem Drittel auf die finanzielle Unterstützung durch die Eltern zurückgeht. Von den 5,2 Prozentpunkten, um die Studierende aus Akademikerelternhäusern während des Studiums weniger

¹³ Die Variable bezieht sich auf den Wunschberuf der Studierenden, gemessen mit dem „International Socio-Economic Index of Occupational Status“ (ISEI). Diesem Index liegen standardisierte Berufsklassifikationen zugrunde, die auf Basis von Informationen zum Einkommen und beruflichen Charakteristika in einer hierarchischen Skala geordnet sind. Daraus wird eine kategoriale Variable gebildet, die angibt, ob der Wunschberuf über dem Median („berufliche Ziele relativ hoch“) oder unter dem Median („berufliche Ziele relativ gering“) des ISEI-Index für die eigene Fachrichtung und Hochschulart liegt.

Tabelle

Einflussfaktoren für studentische Erwerbstätigkeit

Durchschnittliche marginale Effekte multinomialer logistischer Regressionen, in Prozentpunkten

	Nicht erwerbstätig		Gering qualifizierte Tätigkeit		Qualifizierte Tätigkeit ohne Studienbezug		Qualifizierte Tätigkeit mit Studienbezug	
Ohne Berücksichtigung weiterer Merkmale ¹								
Bildung der Eltern (Referenz: kein Hochschulabschluss)								
Ein Elternteil mit Hochschulabschluss	0,031	***	-0,023	***	0,001		-0,008	
Beide Eltern mit Hochschulabschluss	0,052	***	-0,057	***	0,000		0,005	
Unter Berücksichtigung aller Merkmale ¹								
Bildung der Eltern (Referenz: kein Hochschulabschluss)								
Ein Elternteil mit Hochschulabschluss	0,012		-0,014		0,004		-0,002	
Beide Eltern mit Hochschulabschluss	0,024	**	-0,033	***	0,004		0,006	
a. Finanzielle Ressourcen								
Geldleistungen von der Familie (in Euro, logarithmiert)	0,013	***	-0,003	*	-0,003	***	-0,007	***
Bezug von BAföG (Referenz: kein BAföG)	0,066	***	-0,016	*	-0,022	***	-0,029	***
b. Akademische Leistung								
Durchschnittliche Studiennote (Referenz: 1)								
2	0,017		0,046	***	0,015	**	-0,078	***
3	0,030		0,074	***	0,018	**	-0,121	***
4+	0,012		0,096	***	0,046	***	-0,154	***
Keine Note bis zum Zeitpunkt des Interviews	0,066	**	0,069	***	0,001		-0,135	***
Keine Antwort	0,030		0,066	***	0,017		-0,113	***
Abiturnote (Referenz: 1)								
2	-0,024		0,048	***	-0,004		-0,019	
3	-0,047	***	0,091	***	-0,007		-0,036	***
4+	-0,072	**	0,115	***	-0,014		-0,030	
c. Qualifikationen und Berufserfahrung vor Studienbeginn								
Abschluss einer Berufsausbildung (Referenz: keine)	-0,119	***	-0,015		0,038	***	0,096	***
Arbeits Erfahrung in qualifizierten Jobs (Monate)	-0,004	***	0,000		0,002	***	0,003	***
Arbeits Erfahrung in gering qualifizierten Jobs (Monate)	-0,005	***	0,004	***	0,000	***	0,001	**
während des Studiums								
Freiwilliges Praktikum (Monate)	0,010	***	-0,007	**	-0,002		-0,001	
Pflichtpraktikum (Monate)	0,009	***	-0,005	***	-0,003	***	-0,001	
d. Einstellungen und Aspirationen								
Aussichten auf guten Job mit Studium (Ref.: schlechte Aussichten)								
gute Aussichten	-0,005		-0,013		-0,002		0,019	**
Zeitorientierung (Referenz: kurzfristig)								
langfristig	-0,031	***	0,006		0,001		0,024	***
Berufliche Ziele (Referenz: relativ gering ²)								
relativ hoch ³	0,001		-0,007		0,001		0,005	
Kein Berufswunsch/Keine Antwort	0,048	***	-0,011		-0,002		-0,035	***
e. Studienmerkmale⁴								
Fachhochschule (Referenz: Universität)	0,083	***	0,004		-0,015		-0,071	***
Fachrichtung (Referenz: Naturwissenschaften)								
Ingenieurwissenschaften	0,027		0,004		0,004		-0,036	***
Medizin	-0,032		0,008		-0,017		0,042	**
Sozialwissenschaften	-0,126	***	0,098	***	0,047	***	-0,018	
Rechtswissenschaften	-0,019		0,014		0,009		-0,004	
Wirtschaftswissenschaften	-0,023		0,042	***	0,003		-0,022	*
Geisteswissenschaften	-0,092	***	0,066	***	0,023	**	0,002	
Lehramt	-0,089	***	0,076	***	0,000		0,012	
f. soziodemografische Merkmale⁵								
Frau	-0,009		0,048	***	-0,002		-0,037	***
Ostdeutschland	0,051	**	0,012		-0,008		-0,055	***

Anmerkung: Erklärungsmodell des Erwerbsstatus im Studium. Standardfehler sind auf der Personenebene geclustert.

*** Signifikant (1-Prozent-Level), ** Signifikant (5-Prozent-Level), * Signifikant (10-Prozent-Level). N = 11 433.

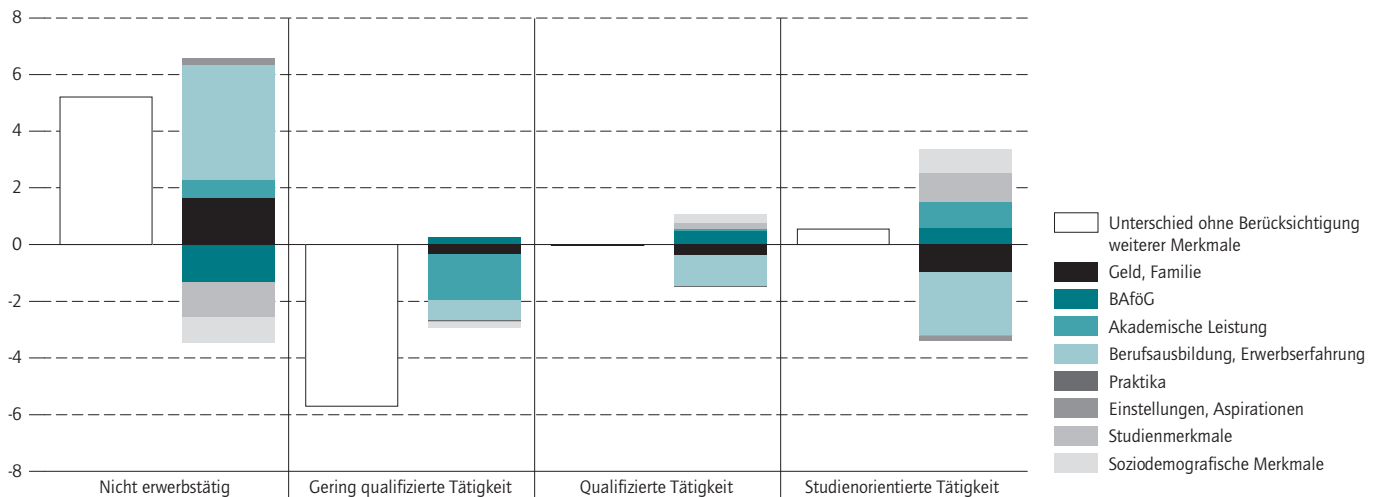
¹ Monate nach dem Studienbeginn sind berücksichtigt.² Unter dem Median.³ Über dem Median.⁴ Zahlung von Studiengebühren und Hochschuleinrichtung sind berücksichtigt.⁵ Alter zum Studienbeginn, Migrationshintergrund, Kinder, Heirat, Wohnungsart (bei den Eltern, im Studentenwohnheim, alleine, mit PartnerIn, in Wohnungsgemeinschaft) und Wechsel des Wohnorts bei Studienaufnahme sind berücksichtigt.

Quellen: NEPS SC5 8-0-0 (gewichtet); eigene Berechnungen.

Abbildung 3

Erklärungsbeiträge zum Unterschied in der Erwerbstätigkeit von Studierenden mit zwei Akademikere Eltern und mit Nichtakademikere Eltern

Dekomposition durchschnittlicher marginaler Effekte eines logistischen multinomialen Modells, in Prozentpunkten



N = 11 433.

Quellen: NEPS SC5 8-0-0 (gewichtet); eigene Berechnungen.

© DIW Berlin 2017

Der Unterschied zwischen den Studierenden in der Wahrscheinlichkeit, nicht erwerbstätig zu sein, geht zu knapp einem Drittel auf die finanzielle Unterstützung durch die Eltern zurück.

wahrscheinlich erwerbstätig sind, können also 1,6 Prozentpunkte durch höhere Geldleistungen von den Eltern erklärt werden. Einen noch größeren Einfluss auf den Unterschied haben die frühere Erwerbserfahrung und der Abschluss einer Berufsausbildung. So haben Studierende aus akademischen Familien eine um vier Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, nicht erwerbstätig zu sein, weil sie seltener das Studium mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung oder mit Erwerbserfahrung beginnen. Das BAföG dagegen reduziert den Unterschied zugunsten der Studierenden aus nicht-akademischen Familien. So hat diese Gruppe aufgrund des BAföG-Bezugs eine um 1,4 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit, nicht erwerbstätig zu sein, als dies bei Studierenden mit Akademikere Eltern der Fall ist.

Einen ähnlichen Einfluss haben die Studienmerkmale. Studierende aus nichtakademischen Familien studieren häufiger an Fachhochschulen, wo der Anteil derer, die während des Studiums einen Nebenjob haben, geringer ist. Allein dies macht es schon wahrscheinlicher, nicht erwerbstätig zu sein, und kompensiert somit einen Teil der sozioökonomischen Unterschiede in der Erwerbs-

beteiligung zwischen den beiden Gruppen.¹⁴ Unter dem Strich verbleiben 2,2 von 5,2 Prozentpunkten, um die Studierende aus akademischen Familien weniger wahrscheinlich erwerbstätig sind, die nicht erklärt werden können.

Analog zu diesem Vorgehen können auch die Unterschiede bei der gering qualifizierten Beschäftigung analysiert werden. Dabei zeigt sich, dass die finanzielle Unterstützung von den Eltern vergleichsweise wenig dazu beiträgt, dass Studierende aus akademischen Elternhäusern seltener einen gering qualifizierten Nebenjob im Studium haben. Dieser Unterschied lässt sich hingegen stärker durch Studienleistungen und frühere Erwerbserfahrungen erklären: So hängt fast ein Drittel der geringeren

¹⁴ Die multivariaten Analysen zeigen, dass an Fachhochschulen vor allem die Beteiligung an fachorientierten Tätigkeiten geringer ist. Es ist wenig darüber bekannt, warum das der Fall ist. Ein Grund könnte sein, dass das Angebot an fachorientierten Stellen an Fachhochschulen geringer ist. Andererseits könnte die stärkere Anwendungsorientierung des Fachhochschulstudiums Studierende von zusätzlichen praxisbezogenen Tätigkeiten abhalten.

Wahrscheinlichkeit der Studierenden aus akademischen Familien, eine einfache Tätigkeit auszuüben, mit den im Schnitt besseren Noten dieser Gruppe zusammen. Weitere zwölf Prozent des Unterschieds sind darauf zurückzuführen, dass Studierende mit Akademikereltern weniger Erfahrung vor allem in gering qualifizierten Jobs vor dem Studium gesammelt haben. Insgesamt erklären die im Modell berücksichtigten Faktoren 44 Prozent des Unterschieds.

Mit Blick auf qualifizierte und studienorientierte Nebenjobs ist der Unterschied zwischen Studierenden aus akademischen und nichtakademischen Elternhäusern zunächst gering, wenn man keine weiteren Merkmale berücksichtigt. Bei genauerem Hinsehen zeigt sich jedoch, dass es sehr wohl Effekte gibt, die sich allerdings gegenseitig weitgehend aufheben. So haben Studierende aus akademischen Familien eine um 3,3 Prozentpunkte höhere Wahrscheinlichkeit für eine studienbezogene Beschäftigung, weil unter anderem ihre Studienleistungen im Durchschnitt besser sind. Außerdem studieren sie häufiger an Universitäten und in Fächern, die allgemein mit einer höheren Wahrscheinlichkeit einhergehen, dass der Nebenjob studienbezogen ist. Dies kompensieren Studierende aus nichtakademischen Familien aber dadurch, dass sie mehr Berufserfahrung in qualifizierten Tätigkeiten aus der Zeit vor dem Studium mitbringen und häufiger eine Berufsausbildung absolviert haben. Ähnliche Zusammenhänge, jedoch viel schwächer ausgeprägt, können bei der Beteiligung an qualifizierter Erwerbstätigkeit ohne Studienbezug beobachtet werden.

Fazit

Unterschiede bei der Aufnahme eines Studiums, die auf die Bildung der Eltern oder deren Einkommen zurückgehen, sind bereits vielfach bestätigt und umfassend erforscht.¹⁵ Empirische Untersuchungen haben darüber hinaus gezeigt, dass sozioökonomische Ungleichheiten auch während des Studiums bestehen bleiben. So studieren besser gestellte Studierende öfter an Universitäten als an Fachhochschulen¹⁶, wählen häufiger ein angesehenes Fach wie Jura oder Medizin¹⁷, sind mit Blick auf

den Studienort flexibler¹⁸ und nehmen öfter an Austauschprogrammen wie *Erasmus* teil¹⁹.

Obwohl viele Studierende während des Studiums einem Nebenjob nachgehen, ist bislang jedoch kaum erforscht, ob es auch bei der Qualität der studentischen Beschäftigung sozioökonomische Unterschiede gibt. Ohnehin vorhandene Bildungsungleichheiten könnten verstärkt werden, falls besser gestellte Studierende häufiger fachorientierte Berufserfahrung in renommierten Nebenjobs sammeln und sich so Vorteile für den Übergang vom Studium in den Arbeitsmarkt verschaffen können.

Tatsächlich sind im Laufe des Studiums sozioökonomische Unterschiede in der Erwerbsbeteiligung und in der Art der Beschäftigung der Studierenden zu beobachten. Diese Unterschiede sind zwar relativ schwach ausgeprägt, kommen jedoch in berufsorientierten Fächern stärker zum Tragen und lassen im Verlauf des Studiums nicht nach.

Um die Bedeutung von sozioökonomischen Unterschieden in der studentischen Erwerbsbeteiligung mit Blick auf Bildungsungleichheiten bewerten zu können, ist mehr Forschung darüber erforderlich, welche Konsequenzen die Erwerbstätigkeit für das Studium und den späteren Berufseinstieg hat. Bisher liefern einige Studien für Deutschland Indizien, dass fachorientierte Jobs im Studium den Berufseinstieg fördern können.²⁰ Kaum bekannt ist jedoch, ob ein Nebenjob den Studienerfolg beeinflusst. In anderen Ländern hat dieses Thema mehr Aufmerksamkeit erhalten. So zeigen internationale Studien, dass Studierende, die viel arbeiten, schlechtere Studienleistungen²¹ erreichen als andere Studierende, mehr Zeit für ihr Studium benötigen²² und dieses wahrscheinlicher abbrechen²³. Vor diesem Hintergrund stellt sich auch die Frage, ob Studierende mit unterschiedlichem sozialem Hintergrund in Deutschland unterschiedlich viel arbeiten und wie das mit der Qualität ihres Studiums zusammenhängt. So könnte es sein, dass sich hin-

¹⁵ Siehe zum Beispiel Markus Lörz und Steffen Schindler (2011): Bildungsexpansion und soziale Ungleichheit: Zunahme, Abnahme oder Persistenz ungleicher Chancenvhältnisse – eine Frage der Perspektive?. Zeitschrift für Soziologie, 40 (6), 458-477.

¹⁶ Vgl. Middendorff et al. (2017), a. a. O.

¹⁷ Siehe zum Beispiel David Reimer und Reinhard Pollak (2009): Educational Expansion and Its Consequences for Vertical and Horizontal Inequalities in Access to Higher Education in West Germany. European Sociological Review, 26 (4), 415-430.

¹⁸ Vgl. C. Katharina Spiess und Katharina Wrohlich (2010): Does Distance Determine who Attends a University in Germany?. Economics of Education Review 29, 470-479.

¹⁹ Vgl. Markus Lörz und Marian Krawietz (2011): Internationale Mobilität und soziale Selektivität: Ausmaß, Mechanismen und Entwicklung herkunftsspezifischer Unterschiede zwischen 1990 und 2005. Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 63, 185-205.

²⁰ Vgl. Passaretta und Triventi (2015), a. a. O.; Weiss et al. (2014), a. a. O.

²¹ Vgl. Michael Wenz und Wei-Choun Yu (2010): Term-Time Employment and the Academic Performance of Undergraduates. Journal of Education Finance, 35(4), 358-373.

²² Vgl. Franzen und Hecken (2002), a. a. O.

²³ Vgl. Elisabeth Hovdhaugen (2013): Working while studying: the impact of term-time employment on dropout rates. Journal of Education and Work, 631-651; Stéphane Moulin et al. (2013): Work intensity and non-completion of university: longitudinal approach and causal inference. Journal of Education and Work, 26 (3), 333-356.

ter den in diesem Wochenbericht gezeigten moderaten Unterschieden in der Erwerbsbeteiligung größere herkunftsspezifische Unterschiede in der Arbeitsintensität verstecken.

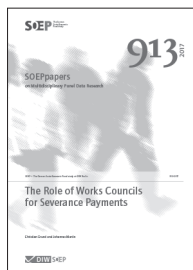
Insgesamt lässt sich festhalten, dass ein nicht zu vernachlässigender Teil der Studierenden neben dem Studium einer Erwerbstätigkeit nachgeht. Studierende aus nichtakademischen Familien üben dabei häufiger niedrig

qualifizierte Tätigkeiten aus. Will man ihnen vermehrt die Chance geben, sich stärker auf ihr Studium konzentrieren zu können, wären weitere Maßnahmen notwendig, die eine bessere Finanzierung des Studiums ermöglichen. Zum anderen könnten Studierende, die ohnehin arbeiten wollen oder müssen, durch eine gezielte Beratung an Universitäten und Fachhochschulen besser über die Vor- und Nachteile unterschiedlicher Arten der studentischen Beschäftigung informiert werden.

Mila Staneva ist Wissenschaftliche Mitarbeiterin der Abteilung Bildung und Familie am DIW Berlin | mstaneva@diw.de

SOEP Papers Nr. 913

2017 | Christian Grund, Johannes Martin



The Role of Works Councils for Severance Payments

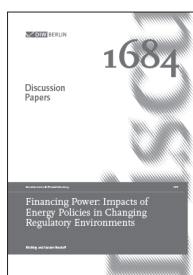
Using representative German employee data, we analyse the role of works councils for the incidence of severance payments subsequent to dismissals. While there is a positive relation with severance payments after those dismissals which stem from plant closings, the incidence of a works council is negatively associated with severance pay subsequent to individual layoffs. In both cases, we find a negative moderating effect of individuals' higher re-employment chances. We also explore gender differences and differences between the types of previously held jobs.

www.diw.de/publikationen/soeppapers



Discussion Papers Nr. 1684

2017 | Nils May, Karsten Neuhoff



Financing Power: Impacts of Energy Policies in Changing Regulatory Environments

Power systems with increasing shares of wind and solar power generation have higher capital and lower operational costs than traditional technologies. This increases the importance of the cost of finance for total system cost. We quantify how renewable policy design can influence cost of finance by addressing regulatory risk and facilitating hedging. We use interview data on wind power financing costs from the EU and model how long-term contracts signed between project developers and energy suppliers impact financing costs in the context of green certificate schemes. Between the policy regimes, the cost of renewable energy deployment differ by 30 %.

www.diw.de/publikationen/diskussionspapiere





Professor Gert G. Wagner ist Vorstandsmitglied des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW Berlin) und gibt hier seine persönliche Meinung wieder.

Bessere Pflege kostet mehr Geld

Obwohl die teils dramatisch schlechte Versorgung von Pflegebedürftigen keineswegs ein Geheimnis ist, war die Pflege lange kein Wahlkampfthema. Manchmal sind Fernseh-Talkshows aber auch zu etwas gut. Nachdem in Talk-Runden Pflegekräfte die Qualität der Pflege massiv in Frage gestellt hatten, wurde die Pflege am Ende der Wahlkampfzeit noch zu einem großen Thema.

Die lange Zeit marginale Bedeutung der Pflege im Wahlkampf hat überrascht, weil eine verbesserte Pflegequalität auf der Prioritätenliste der Menschen weit oben steht. Die Bundesregierung selbst hatte – gemeinsam von Kanzlerin und Vizekanzler gesteuert – im Jahr 2016 die Qualität der Pflege in eine Liste mit Politikbereichen aufgenommen, die für die Lebensqualität in Deutschland entscheidend sind. Und im Wahljahr wurden in einer Befragung von *Kantar Public* in Zusammenarbeit mit dem DIW Berlin über 1 000 repräsentativ ausgewählte Personen im Alter ab 18 Jahren darum gebeten, das am meisten drängende Politikproblem zu nennen. Dabei wurde von über der Hälfte der Befragten – nicht überraschend – die Flüchtlings-, Migrations- und Asylpolitik spontan genannt. Von 20 vorgegebenen Politikthemen wurde der Erhalt der Demokratie und Freiheit in Deutschland an die Spitze gesetzt, aber dann folgten gleichauf eine wirksame Bekämpfung der Kriminalität und die Verbesserung der Qualität der Pflege alter Menschen. Offensichtlich zählt eine verbesserte Pflegequalität somit zu den fünf wichtigsten Herausforderungen der Politik in der Zukunft, während Themen wie die Ungleichheit von Einkommen und Vermögen, die Staatsverschuldung, die Begrenzung der Mietkosten oder die Intensivierung der Entwicklungshilfe als weniger wichtig bewertet werden. Ganz ans Ende der Wichtigkeit wurde eine Verlängerung der Lebenserwartung gesetzt.

Eine Analyse der Daten zusammen mit Frieder Lang von der Universität Erlangen-Nürnberg zeigt, dass bessere Pflege für alle Altersgruppen einen hohen Stellenwert hat. Eigentlich ist zu erwarten, dass so ein Thema im Wahlkampf eine große Rolle spielt. Könnte es sein, dass das Thema von den

Diskutanten nahezu vergessen wurde, weil es Menschen mit Hauptschulabschluss und mittlerer Reife sind, die dem Thema der verbesserten Pflegequalität im Alter eine deutlich höhere Wichtigkeit einräumen als Befragte mit Abitur? Könnte es daran liegen, dass gut Verdienende sich im Alter eine private Pflege leisten können?

Was also kann und sollte die neue Bundesregierung tun? Die vielbeschworene Digitalisierung bietet zwar auch eine Chance für eine deutlich bessere Qualität der Pflege, da Computer und „Assistenzroboter“ nicht nur administrative Aufgaben, sondern auch etliche der körperlich anstrengenden Aufgaben in der Pflege selbst, beispielsweise beim Umbetten von schwer Pflegebedürftigen, unterstützen und erleichtern können. Aber die Pflegequalität muss von der Körperpflege und administrativen Pflichten weg hin zur zureichenden Beziehungspflege fortentwickelt werden. In der Pflege muss mehr Zeit für jeden einzelnen Menschen sein.

Angesichts der mit größter Wahrscheinlichkeit steigenden Zahl von Pflegebedürftigen muss es daher eine zentrale Politikentscheidung sein, die Ausgestaltung der Pflegeversicherung nicht an der Begrenzung der Lohnnebenkosten (also möglichst niedrigen Beitragssätzen) auszurichten, sondern sich bei der Pflegefinanzierung an den Kosten für eine menschenwürdige Pflege zu orientieren. Nicht zuletzt weil – sachlich völlig zu Recht – in Wahlprogrammen auch gefordert wurde, dass die Tarifparteien bessere Löhne und Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte vereinbaren sollen. Diese Forderung ist wie so vieles in der Pflegepolitik etwas merkwürdig. Denn die Politik selbst verhandelt ja als Arbeitgeber die Tarifverträge für den Öffentlichen Dienst – niemand hindert sie, vernünftigeren Verträge zu vereinbaren, sofern sie das Dogma der Stabilität des Beitragssatzes aufgeben. Man darf gespannt sein, wie ehrlich sich die künftigen Regierungsparteien in den Koalitionsverhandlungen machen werden.

Dieser Kommentar erschien in ähnlicher Form in der *Fuldaer Zeitung* vom 6. Oktober 2017.